



V 6458 E

STATISTISCHE MONATSHEFTE

SCHLESWIG - HOLSTEIN

42. Jahrgang · Heft 3

März 1990

Grafik des Monats: Abfall in Schleswig-Holstein 1987

Aufsätze: Personenverkehr der Straßenverkehrsunternehmen
Einkommen in den Kreisen aus der Sicht
der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen

Kurzbericht: Verarbeitendes Gewerbe 1988:
Investitionsquote leicht gesunken

Statistisches Amt für Hamburg
und Schleswig-Holstein
Bibliothek
Standort Kiel

Wertschöpfung der Wirtschaftsbereiche



Herausgegeben vom

STATISTISCHEN LANDESAMT SCHLESWIG-HOLSTEIN

Wirtschaftsstatistische Schnellinformation

		Jüngster Monat		Monatsdurchschnitt	
		absolut	Veränderung zum Vorjahr (gleicher Monat) in %	absolut	Veränderung zum Vorjahr (gleiche Zeit) in %
Verarbeitendes Gewerbe ¹					
Beschäftigte	1 000	172	+ 3,2	169	+ 2,4
Geleistete Arbeiterstunden	Mill. Std.	16	+ 1,3	15	+ 0,3
Lohn- und Gehaltssumme	Mill. DM	627	+ 8,7	631	+ 5,7
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	3 355	+ 7,0	3 414	+ 6,9
Inlandsumsatz	Mill. DM	2 478	+ 7,2	2 595	+ 6,9
Auslandsumsatz	Mill. DM	877	+ 6,6	819	+ 6,7
Auftragseingang					
ausgewählter Wirtschaftszweige	Mill. DM	1 988	- 8,9	2 274	+ 16,2
aus dem Inland	Mill. DM	1 318	- 8,5	1 437	+ 16,0
aus dem Ausland	Mill. DM	670	- 9,7	837	+ 16,5
Energieverbrauch	1 000 t SKE			190	- 6,3
Bauhauptgewerbe ²					
Beschäftigte	1 000	39	+ 1,1	40	+ 0,1
Geleistete Arbeiterstunden	Mill. Std.	3	- 4,3	4	+ 1,8
Lohn- und Gehaltssumme	Mill. DM	101	+ 6,8	117	+ 4,7
Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	253	- 0,3	391	+ 7,5
Auftragseingang ³	Mill. DM	155	+ 7,6	236	+ 5,5
Baugenehmigungen ⁴					
Wohnbau	Wohnungen	603	+ 61,2	654	+ 12,6
Nichtwohnbau	1 000 m ³ umbauter Raum	672	+ 102,4	557	+ 8,2
Einzelhandel					
Umsatz (einschl. Umsatzsteuer)	Meßziffer 1986 = 100	141,8	+ 0,8	115,6	+ 4,9
Gastgewerbe					
Umsatz (einschl. Umsatzsteuer)	Meßziffer 1986 = 100	98,6	+ 8,5	110,9	+ 3,7
Fremdenverkehr ⁵					
Ankünfte	1 000	146	+ 17,5	287	+ 8,0
Übernachtungen	1 000	508	+ 13,4	1 471	+ 2,7
Arbeitsmarkt					
Arbeitslose	Anzahl	113 531	- 4,9	101 174	- 7,0
Außenhandel					
Ausfuhr	Mill. DM	1 003,9	- 1,4	1 046,3	+ 13,2
Kredite ⁶					
Bestand am Monatsende					
kurzfristige Kredite	Mill. DM	9 336	+ 6,8	9 059	+ 3,6
mittel- und langfristige Kredite ⁷	Mill. DM	51 801	+ 3,4	51 042	+ 3,2

1) Betriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. Zur Methode siehe Statistischen Bericht E I 1

2) Zur Methode siehe Statistischen Bericht E II 1

3) Nur Betriebe von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten

4) Nur Errichtung neuer Gebäude

5) in Beherbergungsstätten mit 9 und mehr Gästebetten (einschließlich Jugendherbergen; ohne Campingplätze)

6) an inländische Unternehmen und Private, ab 1.1.1986 einschließlich Raiffeisenbanken

7) einschließlich durchlaufender Kredite

INHALT 3/90

	Seite
Aktuelle Auslese	43
Aufsätze	
Personenverkehr der Straßenverkehrs- unternehmen	44
Die Einkommen in den Kreisen aus der Sicht der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen	55
Kurzbericht	
Verarbeitendes Gewerbe 1988: Investitionsquote leicht gesunken	63
Grafik des Monats	52
Tabellenteil	Beilage
Entwicklung im Bild	3. Umschlagseite
Korrektur zu Heft 2/1990	64

Inhalt der letzten 5 Hefte nach Monaten

- Heft 10/1989**
Beschäftigte und Arbeitsstätten 1987
Kompensatorische Kosten des Sozialprodukts
- Heft 11/1989**
Lebensunterhalt der Bevölkerung 1987
Öffentliche Abfallbeseitigung 1987
- Heft 12/1989**
Lehrerinnen und Lehrer
Gestaltung statistischer Tabellen
Krankheiten der Krankenhauspatienten 1988
- Heft 1/1990**
Unternehmen und Beschäftigte 1987
Pendler 1987
Verarbeitendes Gewerbe kräftig belegt
Geburtenziffern 1988
- Heft 2/1990**
Preisindizes für die Lebenshaltung
Die Bedeutung neuer Pendlerzahlen für die
Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen der Länder

Inhalt der bisher erschienenen Hefte des laufenden Jahrgangs

	Heft/Seite
Gebiet und Bevölkerung	
Geburtenziffern 1988	1/17
Erwerbstätigkeit	
Pendler 1987	1/14
Unternehmen und Arbeitsstätten	
Unternehmen und Beschäftigte 1987	1/ 5
Produzierendes Gewerbe	
Verarbeitendes Gewerbe kräftig belebt	1/16
Verarbeitendes Gewerbe 1988: Investitionsquote leicht gesunken	3/63
Verkehr	
Personenverkehr der Straßenverkehrsunternehmen ..	3/4
Preise	
Die Preisindizes für die Lebenshaltung	2/24
Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen	
Die Bedeutung neuer Pendlerzahlen für die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen der Länder	2/36
Die Einkommen in den Kreisen aus der Sicht der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen	3/44



Aktuelle Auslese

41 Mrd. DM Umsatz im verarbeitenden Gewerbe



Mit der anhaltend kräftigen konjunkturellen Expansion haben die Betriebe des verarbeitenden Gewerbes in Schleswig-Holstein ihre Erlöse weiter spürbar gesteigert. Sie setzten im Kalenderjahr 1989 knapp 41 Mrd. DM um, das sind 6,9 % mehr als im Vorjahre. Gegenüber der Entwicklung im Bundesgebiet (+ 8,4 %) blieb jedoch die Zuwachsrate unter dem Durchschnitt.

Der Wert der hereingenommenen Aufträge stieg im vergangenen Jahr um insgesamt 16,2 %. Auslands- wie Inlandsgeschäft erfuhren im Jahr 1989 gleichlaufende Entwicklungen. Dies gilt sowohl für die Zuwachsraten des Umsatzes wie die des Auftragsengagements. Der 1988 zu beobachtende kräftige Anstoß der Konjunktur durch die sprunghaft gestiegene Auslandsnachfrage ist 1989 in ein breit angelegtes Wachstum auch der Inlandsnachfrage eingemündet.

Mit 169 350 Beschäftigten im Jahresdurchschnitt erhöhte sich im abgelaufenen Jahr der Personaleinsatz in den Betrieben (mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten) um knapp 4 000 Personen oder 2,4 %. Die Aufstockung betraf etwa 2 200 Arbeiter und 1 800 Angestellte.

Der Energiehaushalt des verarbeitenden Gewerbes ist 1989 erheblich in Bewegung gekommen: Der Einsatz von (hauptsächlich mittelschwerem) Heizöl sank um 16 %. Bei den Energieträgern Kohle (+ 6,6 %), Gas (+ 3,5 %) und Strom (+ 3,2 %) war dagegen ein Verbrauchszuwachs zu verzeichnen.

Weniger Verkehrstote



Im vergangenen Jahr registrierte die Polizei insgesamt 87 500 Straßenverkehrsunfälle in Schleswig-Holstein. Das sind 2 % weniger als im Jahr 1988.

Die Zahl der im Straßenverkehr verunglückten Personen verringerte sich ebenfalls um 2 % auf 21 900. 344 Personen verunglückten im vergangenen Jahr tödlich. Die Zahl der Verkehrstoten war damit um 28 oder 8 % geringer als im Jahr 1988.

Ausbaugewerbe Ende 1989



Die etwas über 200 Betriebe des Ausbaugewerbes mit 20 oder mehr Beschäftigten meldeten im vierten Quartal einen durchschnittlichen Personalstand von 8 200 Beschäftigten. Im Berichtsvierteljahr wurden nicht ganz 300 Mill. DM umgesetzt, davon entfielen 22 Mill. DM auf Handels- und andere nicht-ausbaugewerbliche Aktivitäten. 76 Mill. DM hatten die Betriebe für Löhne und Gehälter zu zahlen. Diesem Entgelt standen fast 3 Mill. geleistete Arbeitsstunden gegenüber. Mit über 2 600 Beschäftigten ist die Installation von Heizung, Lüftung, Klima der bedeutendste Wirtschaftszweig des Ausbaugewerbes.

Zunahme im Güterfernverkehr mit LKW



Im Jahre 1988 wurden in Schleswig-Holstein im Güterfernverkehr mit Lastkraftwagen (gewerblicher Güterfernverkehr, Möbel- und Werkfernverkehr, einschließlich grenzüberschreitender Nahverkehr) 18,1 Mill. t Güter befördert, also entweder hier empfangen oder versandt oder innerhalb des Landes transportiert. Damit haben sich die Beförderungsleistungen gegenüber dem Vorjahr um 1,3 Mill. t oder 7,8 % erhöht.

Die wichtigsten Güterabteilungen waren „Fahrzeuge, Maschinen, Halb- und Fertigwaren“ mit 6,8 Mill. t (Anteil: 37,5 %), „Nahrungs- und Futtermittel“ mit 4,5 Mill. t (24,6 %), „Steine und Erden (einschließlich Baustoffe)“ mit 2,8 Mill. t (15,3 %) und „Landwirtschaftliche Erzeugnisse“ mit 1,4 Mill. t (7,6 %).

Personenverkehr der Straßenverkehrsunternehmen

Das Vorhalten eines bedarfsgerechten und leistungsfähigen Angebots an öffentlichen Verkehrsmitteln ist eine wichtige Aufgabe staatlicher Daseinsvorsorge. Die Erfüllung dieser Funktion wird jedoch wegen der demographischen Entwicklung und der unverändert hohen Attraktivität des Automobils zunehmend schwieriger und erfordert ein wachsendes finanzielles Engagement der öffentlichen Hand. Dies gilt vor allem für den ländlichen Raum, wo der Fahrgastschwund in den vergangenen Jahren besonders groß war. Andererseits gewinnt der öffentliche Personenverkehr als Instrument zur Entlastung der angespannten Umweltsituation und zur Verringerung der Verkehrsprobleme in den Kernen der Ballungsgebiete an Gewicht. Die Chancen für eine Renaissance des öffentlichen Personenverkehrs auf der Straße dürften daher nicht schlecht stehen.

Umfang und Methode der Erhebungen

Erhebungen über den öffentlichen Personenverkehr auf der Straße haben seit vielen Jahren einen festen Platz im Programm der amtlichen Verkehrsstatistik. Schon vor dem Zweiten Weltkrieg sammelten die Verkehrsbehörden Daten über den Straßenbahn-, Obus- und Omnibusverkehr. Der Hauptzweck der Erhebungen war jedoch nicht die Erstellung einer Statistik als Grundlage verkehrspolitischer Entscheidungen, sondern die staatliche Aufsicht und Kontrolle über den Personenverkehr. Die Grundlage für die Erhebungen bildete damals und noch bis 1957 das Gesetz über die Beförderung von Personen zu Lande aus dem Jahre 1934, das die Verkehrsbehörden berechnete, sich jederzeit bei den Verkehrsbetrieben über Art und Umfang der genehmigungspflichtigen Personenbeförderungen zu informieren.

Zwischen 1957 und 1968 wurde die Statistik des Straßenpersonenverkehrs aufgrund besonderer Rechtsverordnungen mit jeweils dreijähriger Gültigkeit durchgeführt. Damit wurden die Erhebungen zu einer eigenständigen Statistik, der fachliche Bezug zum Personenbeförderungsgesetz blieb jedoch bestehen. Daran hat sich auch bis heute nichts geändert. An die Stelle der Rechtsverordnungen trat am 1. Januar 1969 das Gesetz zur Durchführung einer Statistik über die Personenbeförderung im Straßenverkehr, wodurch die Erhebungen im Straßenpersonenverkehr zu einer Dauer Einrichtung wurden.

Die Statistik der Personenbeförderung im Straßenpersonenverkehr nimmt zwar auf das Personenbeförderungsgesetz (PBefG) unmittelbar Bezug, deckt aber nicht den gesamten Geltungsbereich des PBefG ab. Damit die Abweichungen erkennbar werden, wird zunächst der sachliche Geltungsbereich des PBefG vorgestellt.

Dem PBefG unterliegt grundsätzlich jede Beförderung von Personen mit Straßenbahnen, Oberleitungsbussen (Obussen) und Kraftfahrzeugen, die gegen Entgelt oder geschäftsmäßig im Binnenverkehr, im grenzüberschreitenden Verkehr oder im Transitverkehr ausgeführt wird. Für solche Beförderungen ist eine Genehmigung erforderlich. Zum genehmigungspflichtigen Personenverkehr gehören auch der Verkehr mit Kraftdroschken (Taxen) und — in bestimmten Verkehrsformen — der Verkehr mit Personenkraftwagen. Das sind Kraftfahrzeuge, die nach ihrer Bauart und Ausstattung zur Beförderung von nicht mehr als neun Personen (einschließlich Führer) geeignet und bestimmt sind. Unter die geschäftsmäßige Beförderung fällt insbesondere die Beförderung von Arbeitnehmern zwischen Wohnung und Arbeitsstelle in werkseigenen Omnibussen auf Kosten des Arbeitgebers (mittelbar entgeltlicher Berufsverkehr). Dem PBefG unterliegen auch die Beförderungen von Personen im grenzüberschreitenden Verkehr durch in- und ausländische Unternehmen sowie der Transitverkehr.

Einige Verkehrsformen sind von den Vorschriften des PBefG freigestellt. Dazu gehört z. B. die Beförderung mit Personenkraftwagen, wenn das Gesamtentgelt die Betriebskosten nicht übersteigt. Die Mitnahme von Arbeitskollegen mit dem eigenen PKW gegen Erstattung der Betriebskosten unterliegt demzufolge nicht dem PBefG. Von den Vorschriften des PBefG ist ferner die Beförderung von Schülern und Lehrpersonal durch oder für Schulträger zum und vom Unterricht freigestellt (sogenannter freigestellter Schülerverkehr). Die Fahrten müssen für die Beförderten allerdings unentgeltlich sein und mit dem Schulbetrieb zusammenhängen. Andernfalls unterliegen sie dem PBefG.

Die Statistik ist folgendermaßen abgegrenzt: Sie erstreckt sich auf alle Institutionen (nachfolgend werden sie als Unternehmen bezeichnet), die genehmigungspflichtigen Personenverkehr mit Straßenbahnen, Obussen und Kraftomnibussen betreiben und ihren Sitz im Inland haben. Ausländische Unternehmen sind damit

ausgeklammert. Unternehmen, die ausschließlich Kraftdroschkenverkehr, Gelegenheitsverkehr mit Personenkraftwagen, mittelbar entgeltlichen Berufsverkehr oder freigestellten Schülerverkehr betreiben, werden zur Statistik nicht erfaßt. Bei den Unternehmen, die zur Statistik meldepflichtig sind, wird auch der freigestellte Schülerverkehr erhoben, nicht jedoch der Kraftdroschkenverkehr und auch nicht der Gelegenheitsverkehr mit Personenkraftwagen. Der grenzüberschreitende Verkehr auskunftspflichtiger Unternehmen ist mit seinem Auslandsteil in den Ergebnissen enthalten. Der Transitverkehr wird nicht erfaßt.

Der Auskunftspflicht zur Statistik unterliegen auch Unternehmen, die genehmigungspflichtigen Personenverkehr nur nebenher betreiben, deren wirtschaftlicher Schwerpunkt also nicht im Bereich des Personenverkehrs liegt. Dadurch ist es möglich, den Straßenpersonenverkehr nicht nur institutionell, sondern auch funktionell abzubilden.

Die Statistik der Personenbeförderung besteht aus zwei Erhebungsteilen, nämlich einer jährlichen Stichtagserhebung (Unternehmensstatistik) mit Bestands- und Bewegungsdaten, die sich auf das Vorjahr beziehen, sowie einer Verkehrsstatistik mit einer vierteljährlichen Periodizität.

Die Unternehmensstatistik erfaßt:

1. die Tätigkeit der Unternehmen,
2. die Umsätze aus der Personenbeförderung, bei überwiegender Tätigkeit in der Personenbeförderung auch den Gesamtumsatz des Unternehmens,
3. die Anzahl der im Personenverkehr tätigen Personen, getrennt nach Fahrern, Schaffnern und sonstigen im Fahrdienst tätigen Personen sowie nach Personen im Verwaltungs- und Werkstattdienst, bei überwiegender Tätigkeit in der Personenbeförderung auch die Gesamtzahl der im Unternehmen tätigen Personen, getrennt nach Selbständigen, mit-helfenden Familienangehörigen, Beamten, Ange-stellten und Arbeitern,
4. Anzahl, Art und Fassungsvermögen der Straßen-bahntriebwagen und -beiwagen, der Obusse sowie der Kraftomnibusse im Linien- und Gelegenheitsver-kehr, getrennt nach eigenen und angemieteten Fahr-zeugen,
5. die Länge der betriebenen Linien im Verkehr mit Straßenbahnen, Obussen und Kraftomnibussen nach Verkehrsart und Verkehrsform,
6. die Strecken- und Gleislängen im Straßenbahnver-kehr.

Der Stichtag für die Bestandsgrößen ist der letzte Werk-tag im September des Erhebungsjahres.

Während zur Unternehmensstatistik alle Unternehmen gemäß der obigen Abgrenzung herangezogen werden, sind zur Verkehrsstatistik nur die größeren Unterneh-men auskunftspflichtig. Das sind einmal die Unterneh-men mit Straßenbahn- und Obusverkehr (§ 4 Abs. 1 PBefG), zum anderen die Unternehmen mit alleinigem Kraftomnibusverkehr (§ 4 Abs. 4 PBefG), soweit sie über mindestens sechs Kraftomnibusse verfügen. Maß-gehend sind dabei die Verhältnisse im Vorjahr.

In der Verkehrsstatistik werden folgende Merkmale er-hoben:

1. im freigestellten Schülerverkehr
die Anzahl der beförderten Personen,
die Personen-Kilometer,
die Wagen-Kilometer
2. in den Sonderformen des Linienverkehrs
(§ 43 PBefG)
sowie im Gelegenheitsverkehr
(§§ 48 und 49 PBefG)
zusätzlich
die Höhe der Einnahmen aus der Personenbeförde-rung
3. im Linienverkehr

außer den unter 1. und 2. aufgeführten Merkmalen
— die Anzahl der beförderten Personen und die Höhe der Einnahmen nach der Art der Fahr-ausweise
— die Wagen-Kilometer, getrennt nach Betriebs-zweigen, bei Kraftomnibussen getrennt nach eigenen und angemieteten Fahrzeugen.

Unter dem Linienverkehr ist allgemein eine zwischen bestimmten Ausgangs- und Endpunkten eingerichtete regelmäßige Verkehrsverbindung, auf der Fahrgäste an Haltestellen ein- und aussteigen können, zu verstehen. Der Linienverkehr setzt sich aus dem allgemeinen Li-nienverkehr und den Sonderformen des Linienverkehrs nach § 43 PBefG zusammen. Sonderformen des Li-nienverkehrs sind regelmäßige Beförderungen von Berufstätigen zwischen Wohnung und Arbeitsstelle (Berufsverkehr), von Schülern zwischen Wohnung und Lehranstalt (Schülerfahrten), von Personen zum Be-such von Märkten (Marktfahrten) und Theaterbesu-chern, jeweils gegen Entgelt und unter Ausschluß anderer Fahrgastgruppen. Während der freigestellte

Schülerverkehr für die Beförderten kostenlos ist, werden bei den Schülerfahrten Beförderungsentgelte von den Fahrgästen verlangt. Der freigestellte Schülerverkehr kann als Spielart des Linienverkehrs angesehen werden.

Als Gelegenheitsverkehr gelten der Verkehr mit Kraftdroschken (§ 47 PBefG), Ausflugsfahrten und Ferienziel-Reisen (§ 48 PBefG) und der Verkehr mit Mietomnibussen und Mietwagen (§ 49 PBefG). Ausflugsfahrten sind Fahrten, die ein Unternehmer nach einem bestimmten, von ihm aufgestellten Plan und zu einem für alle Teilnehmer gleichen und gemeinsam verfolgten Ausflugszweck ausführt. Die Fahrt muß wieder an den Ausgangsort zurückführen. Ferienziel-Reisen sind Reisen zu Erholungsaufenthalten. Die Reisen erfolgen zu einem Gesamtentgelt für Beförderung und Unterkunft mit oder ohne Verpflegung. Der Verkehr mit Mietomnibussen (für PKW sinngemäß) ist die Beförderung von Personen mit Bussen, die nur im ganzen zur Beförderung angemietet werden und mit denen der Unternehmer Fahrten ausführt, deren Zweck, Ziel und Ablauf der Mieter bestimmt.

Abgeltungszahlungen sind Zahlungen der öffentlichen Hand, die mit dem Fahrgastaufkommen in direktem Zusammenhang stehen. Dazu rechnen Abgeltungszahlungen für die Beförderung von Schülern, Studenten und anderen Auszubildenden (§ 45 a PBefG), von Schwerbehinderten und Mitgliedern anderer begünstigter Personengruppen sowie sonstige Abgeltungszahlungen wie z. B. für Tarifminderungen oder unterlassene Tarifierhebungen.

Das oben beschriebene Konzept ist die aktuelle, auf dem Zweiten Statistikbereinigungsgesetz fußende Version, das im Dezember 1986 in Kraft trat. Dieses Konzept gilt also erst seit 1987 und unterscheidet sich in einigen Punkten von der auf dem Gesetz von 1968 beruhenden Version, die durchgehend bis zum 31. März 1980 gegolten hatte.

Eine erste Modifikation erhielt die Statistik der Personenbeförderung durch das Erste Statistikbereinigungsgesetz von 1980: Der Linienverkehr, den ein Unternehmen zur Beförderung seiner Arbeitnehmer mit eigenen Kraftfahrzeugen und unentgeltlich für die beförderten Personen durchführt (mittelbar entgeltlicher Berufsverkehr dieser Unternehmen), wurde ersatzlos gestrichen. Bis Anfang 1980 war der mittelbar entgeltliche Berufsverkehr alle drei Jahre erfaßt worden. Außerdem wurde die Periodizität in der Verkehrsstatistik verlängert. War bis Anfang 1980 einheitlich für alle Unternehmen eine monatliche Periodizität vorgeschrieben

(eine Ausnahme bildeten nur die Unternehmen mit mittelbar entgeltlichem Berufsverkehr s. o.), so galten ab 1. April 1980 unterschiedliche, von der Größe der Unternehmen und der Verkehrsart abhängige Periodizitäten, nach denen sich auch die Berichtszeiträume richteten. So waren monatliche Meldungen nur noch für den Linienverkehr der Großunternehmen (Unternehmen mit jährlichen Einnahmen aus dem genehmigungspflichtigen Linienverkehr von mindestens 3 Mill. DM) vorgeschrieben. Kleinere Unternehmen brauchten nur noch vierteljährlich über ihren Linienverkehr zu berichten. Für die Unternehmen des Gelegenheitsverkehrs ergaben sich ebenfalls Änderungen: Unternehmen mit vier und mehr Bussen brauchten nur vierteljährlich, Unternehmen mit weniger als vier Bussen nur jährlich zu berichten. Für Unternehmen mit Linien- und Gelegenheitsverkehr galten jeweils die spezifischen Periodizitäten.

Durch die Verordnung zur Änderung statistischer Rechtsvorschriften vom 14. 9. 1984 (Statistikbereinigungsverordnung) wurde die Statistik des Personenverkehrs weiter gekürzt. Die gravierendste Änderung war die Beschränkung des Berichtskreises in der Verkehrsstatistik auf Unternehmen mit sechs und mehr Bussen. Ferner sind seit dem 1. 10. 1984 Unternehmen des Linienverkehrs mit Personenkraftwagen von der Auskunftspflicht befreit. Die Statistik erstreckt sich generell nur noch auf Unternehmen, die Personen mit Straßenbahnen, Obussen und Kraftomnibussen (vorher hieß es: Kraftfahrzeuge) befördern, wobei sich die Angaben zur Unternehmens- und zur Verkehrsstatistik auf die genannten Fahrzeuge beschränken. Außerdem wird die Anzahl der betriebenen Linien seit dem 1. 10. 1984 nicht mehr erfaßt. Da die Aufsplitterung des bis Anfang 1980 einheitlich meldenden Berichtskreises den Erhebungsstellen die Durchführung der Verkehrsstatistik sehr erschwert hatte, wurde die Periodizität wieder vereinheitlicht, wobei ein vierteljährlicher Turnus festgelegt wurde. Das Zweite Statistikbereinigungsgesetz brachte für die Statistik des Personenverkehrs keine weiteren Einschränkungen. Es schrieb im wesentlichen nur die Kürzungen der Statistikbereinigungsverordnung fest.

Unternehmen mit Schwerpunkt im Straßenpersonenverkehr

Am 30. September 1988 gab es in Schleswig-Holstein 187 Unternehmen, deren Haupttätigkeit in der Personenbeförderung mit Straßenverkehrsmitteln lag, wobei 121 Unternehmen ausschließlich Personenverkehr betrieben. Die Gesamtzahl der Beschäftigten in diesen

Unternehmen belief sich auf rund 4 000. Das sind durchschnittlich 21 je Unternehmen. Fast 75 % der Beschäftigten waren Arbeiter. Nur etwa jeder sechste Beschäftigte war ein Angestellter. Tätige Inhaber und Mitarbeiter sowie unbezahlt mithelfende Familienangehörige kamen zusammen auf einen Anteil von knapp 7 %. Der Anteil der Beamten betrug 3 %.

Grunddaten der Unternehmen mit Schwerpunkt im Straßenpersonenverkehr

	am 30. 9. 1988		Gesamtumsatz* 1987 Mill. DM
	Unternehmen Anzahl	Beschäftigte	
Unternehmen mit 6 und mehr Bussen	75	3 581	333
weniger als 6 Bussen	112	422	35
Zusammen	187	4 003	368

*) einschließlich Umsatzsteuer

Der Gesamtumsatz der Unternehmen betrug im Jahre 1987 einschließlich der Umsatzsteuer 368 Mill. DM, wobei 92 % aus dem Straßenpersonenverkehr resultierten. Unter dem Gesamtumsatz wird hier der Gesamtbetrag der im Berichtsjahr abgerechneten Lieferungen und Leistungen verstanden. Dazu gehören zunächst einmal alle Erlöse, die im Zusammenhang mit der Personenbeförderung stehen. Das sind Einnahmen aus dem Fahrkartenverkauf im Linienverkehr und Entgelte für Beförderungen im Gelegenheitsverkehr, die auf Unterkunft und Verpflegung entfallenden Anteile der Erlöse aus dem Gelegenheitsverkehr, Zuweisungen für den freigestellten Schülerverkehr, Vergütungen für die im Auftrag anderer Unternehmen durchgeführten Personenbeförderungen sowie Abgeltungszahlungen der öffentlichen Hand. Zum anderen gehören dazu Umsätze aus anderen wirtschaftlichen Tätigkeiten, wie Handelsumsätze, Reklameeinnahmen, Einnahmen aus Verpachtungen und Vermietungen von Kiosken und Ständen. Nicht eingeschlossen sind Einnahmen aus Zinsen, Dividenden sowie betriebsfremde Erträge, Erlöse aus dem Verkauf von Anlagevermögen, durchlaufende Posten, d. h. Beträge, die ein Unternehmen im Namen und für Rechnung eines anderen Unternehmens einnimmt, z. B. bei Auftragsfahrten, sowie Zuschüsse öffentlicher Stellen, z. B. Zuschüsse zur wirtschaftlichen Stützung des Verkehrsbetriebes.

Im Straßenpersonenverkehr überwiegen die kleinen Unternehmen. 1988 hatten 112 Unternehmen weniger als 6 Busse. Das sind 60 % aller Unternehmen mit Schwerpunkt im Straßenpersonenverkehr. Auf die Kleinunternehmen entfielen jedoch nur 11 % der Beschäftigten und 10 % des Umsatzes in der hier betrachteten Unternehmensgruppe.

Kennziffern der Unternehmen mit Schwerpunkt im Straßenpersonenverkehr am 30. 9. 1988

	Beschäftigte je Unternehmen	Gesamtumsatz* 1987 je Beschäftigten	
		Mill. DM	1 000 DM
Unternehmen mit 6 und mehr Bussen	48	4,4	93
weniger als 6 Bussen	4	0,3	84
Zusammen	21	2,0	92

*) einschließlich Umsatzsteuer

Die Unternehmen mit weniger als 6 Bussen beschäftigten 1988 im Durchschnitt vier Personen und erzielten einen Gesamtumsatz von durchschnittlich rund 300 000 DM. In den Unternehmen mit 6 und mehr Bussen wurden dagegen im Mittel 48 Personen beschäftigt. Der Umsatz je Unternehmen belief sich in dieser Unternehmensgruppe auf 4,4 Mill. DM. Beim Umsatz je Beschäftigten waren die Unterschiede zwischen beiden Unternehmensgruppen dagegen nur gering. Während in den Großunternehmen 1988 auf jeden Beschäftigten 93 000 DM entfielen, waren es in den Kleinunternehmen 84 000 DM.

Alle Unternehmen mit Straßenpersonenverkehr

Im folgenden wird der funktionelle Straßenpersonenverkehr dargestellt. Für diese Betrachtungsweise werden aus den Unternehmen mit Schwerpunkt im Straßenpersonenverkehr jene Betriebsteile herausgelöst, die mit dem Straßenpersonenverkehr in keinem Zusammenhang stehen. Andererseits werden die fachlichen Betriebsteile „Straßenpersonenverkehr“ von Unternehmen mit Schwerpunkt außerhalb des Straßenpersonenverkehrs in die Betrachtung einbezogen.

Im Jahre 1988 gab es in Schleswig-Holstein insgesamt 223 Unternehmen, die öffentlichen Straßenpersonenverkehr — ausschließlich mit Kraftomnibussen — betrieben. Hiervon hatten 207 Unternehmen ihren wirt-

schaftlichen Schwerpunkt im Bereich „Verkehr“, 16 Unternehmen außerhalb dieses Wirtschaftszweiges. Darunter befanden sich 6 Unternehmen mit Schwerpunkt in der Energie- und Wasserversorgung.

Beschäftigte im Straßenpersonenverkehr am 30. 9. 1988

	Anzahl	Anteil in %
Fahrer und Schaffner	3 500	69
Technisches Personal	663	13
Verwaltungspersonal	655	13
Sonstiges Personal im Fahrdienst und Verkehr	246	5
Zusammen	5 064	100

In den Unternehmen des Straßenpersonenverkehrs mit Sitz in Schleswig-Holstein waren im Jahre 1988 einschließlich der tätigen Inhaber und Mitinhaber sowie der mithelfenden Familienangehörigen insgesamt rund 5 000 Personen für den Straßenpersonenverkehr tätig. Der weit überwiegende Teil der Beschäftigten, nämlich fast 70 %, waren Fahrer und Schaffner. Technisches Personal, z. B. Mechaniker und Wagenreiniger, und Verwaltungspersonal stellten jeweils 13 % der Beschäftigten. Die restlichen 5 % der Beschäftigten waren im Fahrdienst als Kontrolleure, Fahrdienstleiter, Auskunftspersonal und in ähnlichen Funktionen tätig.

Umsatz aus dem Straßenpersonenverkehr 1987

	Mill. DM	Anteil in %
Umsatz* insgesamt	400,4	100
davon		
Einnahmen aus dem/den		
allgemeinen Linienverkehr	187,6	47
Sonderformen des Linienverkehrs	2,8	1
Gelegenheitsverkehr	107,4	27
freigestellten Schülerverkehr	21,5	5
Abgeltungszahlungen	46,2	12
Vergütungen für Auftragsfahrten	35,0	9

*) einschließlich Umsatzsteuer

Der Umsatz aus dem Straßenpersonenverkehr erreichte 1987 ein Volumen von rund 400 Mill. DM. Unter „Umsatz“ ist hier die Summe der aus der Personenbeförderung erzielten Erlöse aller Unternehmen mit Straßenpersonenverkehr zu verstehen. Er unterscheidet sich vom Umsatz der Unternehmen mit Schwerpunkt im Straßenpersonenverkehr einmal dadurch, daß er auch die Erlöse aus der Personenbeförderung der

Unternehmen mit Schwerpunkt außerhalb des Personenverkehrs (1987: 63 Mill. DM) enthält, zum anderen dadurch, daß die Erlöse aus branchenfremden Tätigkeiten der Unternehmen mit Schwerpunkt im Straßenpersonenverkehr (31 Mill. DM) fehlen. Um den Saldo aus beiden Größen (32 Mill. DM) war der Umsatz aus der Personenbeförderung im Jahre 1987 größer als der Gesamtumsatz der Unternehmen mit Schwerpunkt im Straßenpersonenverkehr.

Der allgemeine Linienverkehr leistet den größten Beitrag zum Umsatz. 1987 nahmen die Straßenverkehrsunternehmen aus dem Fahrkartenverkauf im allgemeinen Linienverkehr 188 Mill. DM ein. Das waren 47 % des Umsatzes aus dem Straßenpersonenverkehr. Aus dem Gelegenheitsverkehr erzielten die Unternehmen des Straßenverkehrs 107 Mill. DM, was einem Umsatzanteil von 27 % entspricht. Davon entfielen auf den Verkehr mit Mietomnibussen 52 %, auf Ausflugsfahrten 39 % und auf Ferienzweck-Reisen fast 10 %.

Abgeltungszahlungen der öffentlichen Hand stellten den drittgrößten Einnahmeposten dar. Die öffentliche Hand zahlte den im Personenverkehr tätigen Unternehmen für das Geschäftsjahr 1987 insgesamt 46 Mill. DM als Ausgleich zwischen den aus sozial- und verkehrspolitischen Gründen gewährten Tarifen und den nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten kalkulierten Regeltarifen. Die Abgeltungszahlungen machten 1987 12 % der Erlöse aus dem Straßenpersonenverkehr aus. Für die Beförderung von Auszubildenden gewährte die öffentliche Hand den Verkehrsbetrieben Ausgleichszahlungen in Höhe von 23 Mill. DM, für die Beförderung von Schwerbehinderten 21 Mill. DM und für die Beförderung sonstiger begünstigter Personengruppen 262 000 DM. Die sonstigen Abgeltungszahlungen beliefen sich auf 2,4 Mill. DM.

Für Fahrten im Auftrag anderer Unternehmen des Straßenpersonenverkehrs erhielten die Auftragnehmer 1987 35 Mill. DM (Anteil 9 %). Dieser Betrag enthält auch die Vergütungen für die in den Hamburger Verkehrsverbund eingebrachten Beförderungsleistungen schleswig-holsteinischer Verkehrsunternehmen.

Für den freigestellten Schülerverkehr erhielten die Verkehrsunternehmen Zuweisungen in Höhe von 21 Mill. DM (Anteil 5 %). Die Einnahmen aus den Sonderformen des Linienverkehrs betragen 2,8 Mill. DM. Davon entfielen 1,8 Mill. DM auf Schülerfahrten und 1 Mill. DM auf den Berufsverkehr.

Unternehmen, Beschäftigte und Umsatz der im Straßenpersonenverkehr tätigen Unternehmen nach ihrem Schwerpunkt

Schwerpunkt des Unternehmens	Unternehmen	Beschäftigte	Umsatz* 1987 aus Straßenpersonenverkehr	
	30. 9. 1988		Mill. DM	%
	Anzahl			
Ausschließlich im Straßenpersonenverkehr	121	933	89	22
Überwiegend im Straßenpersonenverkehr	66	3 023	248	62
Außerhalb des Straßenpersonenverkehrs	36	1 108	63	16
Insgesamt	223	5 064	400	100

*) einschließlich Umsatzsteuer

Wie man der Übersicht entnehmen kann, spielen die 66 Unternehmen mit gemischter Funktion, aber mit Schwerpunkt überwiegend im Straßenpersonenverkehr innerhalb des funktionalen Straßenpersonenverkehrs eine führende Rolle. Während sie bei den Beschäftigten auf einen Anteil von 60 % kamen, erreichten sie beim Umsatz sogar einen Anteil von 62 %. Da sie nur 30 % aller Unternehmen mit Straßenpersonenverkehr stellten, bildeten sie außerdem überdurchschnittlich große Betriebseinheiten. In dieser Unternehmensgruppe bestand der fachliche Betriebsteil „Straßenpersonenverkehr“ aus durchschnittlich 46 Beschäftigten. Der Durchschnittsumsatz lag bei 3,8 Mill. DM.

Auf die Unternehmen, die sich 1988 ganz dem Straßenpersonenverkehr widmeten, entfielen 18 % der Beschäftigten und 22 % des Umsatzes. Im Durchschnitt

Unternehmen, Beschäftigte und Umsatz der im Straßenpersonenverkehr tätigen Unternehmen nach der Unternehmensform

Unternehmensform	Unternehmen	Beschäftigte	Umsatz* 1987 aus Straßenpersonenverkehr	
	30. 9. 1988		Mill. DM	%
	Anzahl			
Private Unternehmen	210	2 110	204	51
Kommunale und gemischt-wirtschaftliche Unternehmen	9	2 738	177	44
Nichtbundeseigene Eisenbahnen	4	216	20	5
Insgesamt	223	5 064	400	100

*) einschließlich Umsatzsteuer

beschäftigten diese Unternehmen acht Personen und erzielten einen Jahresumsatz von 735 000 DM. Die 36 Unternehmen mit Schwerpunkt außerhalb des Straßenpersonenverkehrs hatten zwar mehr Beschäftigte als die Unternehmen mit ausschließlich Straßenpersonenverkehr, ihr Umsatzanteil war jedoch geringer. Sie hatten daher auch eine schlechtere Umsatz-/Beschäftigten-Relation. Sie beschäftigten durchschnittlich 31 Personen bei einem Durchschnittsumsatz von 1,8 Mill. DM.

Die Masse der im Straßenpersonenverkehr tätigen Unternehmen sind private Unternehmen. Das sind Unternehmen, deren Grund- oder Stammkapital sich ausschließlich oder überwiegend in privater Hand befindet. 1988 gab es in Schleswig-Holstein 210 private Unternehmen, ferner 9 kommunale bzw. gemischtwirtschaftliche Unternehmen, nachfolgend kurz als kommunale Unternehmen bezeichnet, sowie 4 Unternehmen in der Hand von Unternehmen, die außer Straßenpersonenverkehr auch Eisenbahn-Schienenverkehr (ohne die Deutsche Bundesbahn) betrieben. Als kommunale bzw. gemischtwirtschaftliche Unternehmen gelten alle Verkehrsunternehmen (ohne Eisenbahn-Schienenverkehr), an deren Grund- oder Stammkapital Körperschaften oder Anstalten des öffentlichen Rechts mit mehr als 50 % beteiligt sind.

Rund die Hälfte des 1987 erzielten Umsatzes aus dem Straßenpersonenverkehr entfiel auf die privaten Unternehmen, 44 % des Umsatzes auf die kommunalen Unternehmen und nur 5 % auf die nichtbundeseigenen Eisenbahnen.

Umsatz¹ aus dem Straßenpersonenverkehr 1987 nach Unternehmensform und Umsatzart

Umsatzart	Alle Unternehmen		Davon	
	private	kommunale	Eisenbahnen ²	
Umsatz insgesamt	100	100	100	100
davon				
Einnahmen aus dem/den allgemeinen Linienverkehr	47	19	80	42
Sonderformen des Linienverkehrs freigestellten	1	1	-	2
Schülerverkehr	5	8	0	17
Gelegenheitsverkehr	27	47	5	14
Abgeltungszahlungen Vergütungen für Auftragsfahrten	12	8	14	25
	9	17	0	-

1) einschließlich Umsatzsteuer

2) nichtbundeseigen

Bei den privaten Unternehmen, den kommunalen Unternehmen und den Unternehmen mit Eisenbahnverkehr ist die Umsatzstruktur recht verschieden. Sie ist zugleich ein Spiegel für das Betätigungsfeld der drei Unternehmensgruppen. Bei den privaten Unternehmen steht der Gelegenheitsverkehr im Vordergrund. Er steuerte fast 50 % zum gesamten Umsatz im Jahre 1987 bei. Dagegen resultierten aus dem Linienverkehr nur 20 % des gesamten Umsatzes. Jeweils 8 % des Umsatzes der privaten Unternehmen waren Zuweisungen für den freigestellten Schülerverkehr und Abgeltungszahlungen. Bemerkenswert hoch (17 %) ist der Anteil der Vergütungen für die im Auftrag anderer Unternehmen durchgeführten Fahrten. Daran kann man ablesen, daß die Personenbeförderung für andere Unternehmen (in eigenen Fahrzeugen) ein wichtiges Standbein für viele private Unternehmen ist. Die Auftragsfahrten sind für beide Seiten von Nutzen: Der Auftraggeber benötigt weniger Kapital, der Auftragnehmer lastet seine Fahrzeuge besser aus. Auftraggeber sind hauptsächlich private und kommunale Unternehmen, die 1987 selbst nur in geringem Umfang Auftragsfahrten ausführten.

Bei den kommunalen Unternehmen liegt der Schwerpunkt eindeutig auf dem allgemeinen Linienverkehr. 1987 resultierten 80 % des Umsatzes aus dem Fahrkartenverkauf im Linienverkehr (nur allgemeiner Linienverkehr). Da die Abgeltungszahlungen wohl fast nur dem Linienverkehr zugute kamen, dürften etwa 95 % des Umsatzes der kommunalen Unternehmen aus dem Straßenpersonenverkehr mit dem Linienverkehr und nur 5 % des Umsatzes mit dem Gelegenheitsverkehr in Verbindung gestanden haben. Die Zuweisungen für den freigestellten Schülerverkehr waren unbedeutend.

Auch bei den nichtbundeseigenen Eisenbahnen rangiert der Linienverkehr eindeutig vor dem Gelegenheitsverkehr, sein Umsatzanteil ist jedoch geringer als bei den kommunalen Unternehmen. Aus dem Linienverkehr resultierten 44 % des gesamten Umsatzes, darunter 2 % aus den Sonderformen des Linienverkehrs, überwiegend Schülerfahrten nach § 43 PBefG. Auf den freigestellten Schülerverkehr entfielen 17 % des gesamten Umsatzes. Genau ein Viertel des Umsatzes waren Abgeltungszahlungen der öffentlichen Hand, knapp die Hälfte für die Beförderung von Auszubildenden. Der Anteil der Abgeltungszahlungen war damit deutlich höher als bei den kommunalen Unternehmen.

Daß der allgemeine Linienverkehr in Schleswig-Holstein eine Domäne der kommunalen Unternehmen ist, zeigt sich noch deutlicher, wenn man umgekehrt die Um-

Umsatz¹ aus dem Straßenpersonenverkehr 1987 nach Umsatzart und Unternehmensform

Umsatzart	Davon			
	Alle Unternehmen	private	kommunale	Eisenbahnen ²
Umsatz insgesamt	100	51	44	5
davon				
Einnahmen aus dem/den allgemeinen Linienverkehr	100	20	75	4
Sonderformen des Linienverkehrs	100	88	-	12
freigestellten Schülerverkehr	100	81	4	16
Gelegenheitsverkehr	100	90	8	3
Abgeltungszahlungen	100	34	55	11
Vergütungen für Auftragsfahrten	100	99	1	-

1) einschließlich Umsatzsteuer

2) nichtbundeseigen

sätze in den Umsatzarten nach der Unternehmensform gliedert. Auf die kommunalen Unternehmen entfielen drei Viertel der Einnahmen aus dem allgemeinen Linienverkehr im Jahre 1987. Ein Fünftel des Umsatzes erzielten die privaten Unternehmen, 4 % die Eisenbahnen. Der Gelegenheitsverkehr findet sich dagegen hauptsächlich bei den privaten Unternehmen. Am Umsatz aus dem Gelegenheitsverkehr hatten die privaten Unternehmen einen Anteil von 90 %. Mit 8 % waren die kommunalen Unternehmen, mit 3 % die Eisenbahnen am gesamten Umsatz beteiligt. Hauptträger der Sonderformen des Linienverkehrs und des freigestellten Schülerverkehrs waren ebenfalls die privaten Unternehmen. Beim freigestellten Schülerverkehr kamen sie auf einen Umsatzanteil von 81 %, bei den Sonderformen des Linienverkehrs sogar auf 88 %. Auf die Eisenbahnen entfielen 12 bzw. 16 % des Umsatzes. Die kommunalen Unternehmen spielten im freigestellten Schülerverkehr nur eine untergeordnete Rolle. 1987 erreichten sie einen Umsatzanteil von 4 %. Sonderformen des Linienverkehrs nahmen sie 1987 nicht wahr. Von den Abgeltungszahlungen gingen 1987 55 % auf die Konten der kommunalen Unternehmen, 34 % nahmen die privaten Unternehmen ein und 11 % die Eisenbahnen. Von den Vergütungen für Auftragsfahrten landeten 99 % bei den privaten Unternehmen.

Das Netz des Kraftomnibus-Linienverkehrs in Schleswig-Holstein wies 1988 eine Länge von 17 386 km auf. Davon entfielen auf den Überlandlinienverkehr 12 677 km oder 73 %. Im Orts- und Nachbarortlinienverkehr hatte das Netz eine Länge von 2 269 km. Das waren 13 % der Länge des gesamten Liniennetzes. 1 596 km war das Liniennetz des Berufsverkehrs lang

(Anteil 9 %). Schülerfahrten (ohne freigestellten Schülerverkehr) wurden schließlich auf einer Länge von 844 km (Anteil 5 %) durchgeführt. Die Länge der Linien entspricht der Gesamtlänge der Linien, für die am Erhebungsstichtag eine Genehmigung zum regelmäßigen Betrieb vorlag. Bei jeder einzelnen Linie wird die einfache Wegstrecke, über die die Linie verläuft, gemessen. Führen mehrere Linien über dieselbe Strecke, so wird diese bei jeder Linie mitgezählt.

Den Unternehmen mit Straßenpersonenverkehr, die 1988 ihren Sitz in Schleswig-Holstein hatten, standen 1988 insgesamt 2 586 Kraftomnibusse mit 124 243 Sitz- und 87 162 Stehplätzen zur Verfügung. 1 018 Busse waren nur im Linienverkehr, 629 Busse nur im Gelegenheitsverkehr eingesetzt.

Ergebnisse der Verkehrsstatistik

Die Verkehrsstatistik beschreibt im wesentlichen die von den Straßenverkehrsunternehmen erbrachten Verkehrsleistungen. Es werden nur vier Merkmale erhoben, nämlich die beförderten Personen, die Personen-Kilometer (Pkm), die Wagen-Kilometer (Wkm) sowie die Einnahmen aus der Personenbeförderung.

Als „Personen“ rechnen die auf ein Unternehmen bezogene Beförderungsfälle. Wenn eine Person auf einer Fahrt nacheinander mehrere Verkehrsmittel desselben Unternehmens mit nur einem Fahrschein benutzt, liegt nur ein Beförderungsfall vor. Wird die Fahrt unterbrochen und wird ein zweiter Fahrschein gelöst, ergeben sich dagegen zwei Beförderungsfälle. Gehören die von einer Person auf einer Fahrt nacheinander benutzten Verkehrsmittel verschiedenen Unternehmen an, werden so viele Beförderungsfälle bzw. „Personen“ gezählt wie Unternehmen an der Beförderung beteiligt waren. Die Angaben zu den beförderten Personen werden im allgemeinen aufgrund der verkauften Fahrausweise ermittelt. Zeit- und Mehrfahrtenkarten werden entsprechend ihrer vermuteten Ausnutzung berücksichtigt.

Unter „Personen-Kilometer“ sind die von den beförderten Personen insgesamt zurückgelegten Kilometer zu verstehen. Korrekt stellen sie die Summe der mit ihrer Wegstrecke multiplizierten Beförderungsfälle dar. Beim allgemeinen Linienverkehr werden die Pkm in der Regel durch Multiplikation der Beförderungsfälle mit der mittleren Reiseweite, die auf Erfahrungswerten beruht, errechnet. Beim Gelegenheitsverkehr sowie bei den Markt- und Theaterfahrten werden zunächst die Personen-Kilometer je Fahrt durch Multiplikation der Fahrgastzahl mit der Fahrtstrecke (Hin- und Rückfahrt) er-

mittelt. Die im Berichtsjahr geleisteten Pkm ergeben sich dann als Summe der bei allen Fahrten geleisteten Pkm. Beim Berufsverkehr, bei den Schülerfahrten und beim freigestellten Schülerverkehr werden die Pkm in der Regel durch Multiplikation der Zahl der vertragsgemäß zu befördernden Fahrgäste mit der doppelten Zahl der Arbeits- bzw. Schultage pro Kalenderjahr und der einfachen Fahrstrecke ermittelt. Die Wkm sind die Fahrstrecke, die die Fahrzeuge im Einsatz für die Personenbeförderung zurückgelegt haben. Die Benutzung der Fahrzeuge ist für die Berechnung der Wkm unerheblich, es werden jedoch grundsätzlich nur Fahrten gezählt, bei denen die Beförderung von Fahrgästen zugelassen ist. Als Einnahmen zählen hier nur die von den Fahrgästen eingenommenen Beförderungsentgelte. Es ist zu beachten, daß sich die nachfolgenden Angaben auf das Jahr 1988 und nur auf Unternehmen mit 6 und mehr Bussen beziehen.

Von den Unternehmen mit Sitz in Schleswig-Holstein wurden 1988 im öffentlichen Straßenpersonenverkehr mit Kraftomnibussen insgesamt 170 Mill. Personen befördert. Dabei kamen 2,5 Mrd. Pkm und 110 Mill. Wkm zusammen. Die Einnahmen beliefen sich einschließlich der Umsatzsteuer auf 259 Mill. DM.

Verkehrsleistungen im Straßenpersonenverkehr 1988 — Unternehmen mit 6 und mehr Bussen —

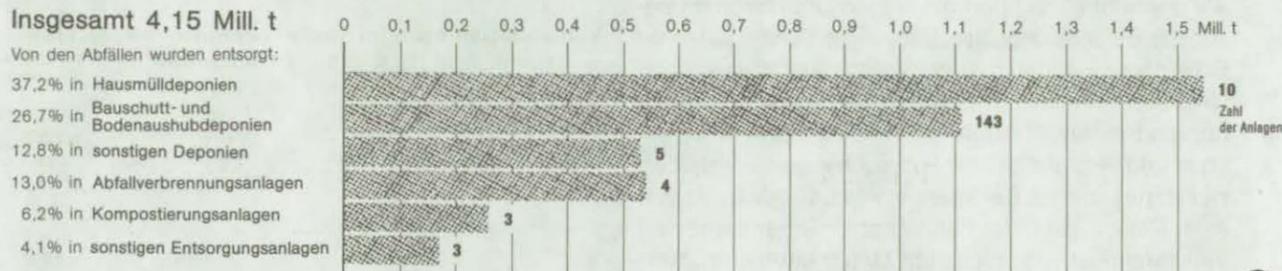
Verkehrsart	Beför-	Per-	Durch-
	derte	sonen-	schnitt-
	Per-	Kilo-	lich
	sonen	meter	Reise-
			weite
		Mill.	km
Allgemeiner Linienverkehr	158,7	1 134,5	7,1
Sonderformen des Linienverkehrs	0,9	20,0	23,1
darunter			
Schülerfahrten	0,8	15,0	19,0
Markt- und Theaterfahrten	0,0	0,7	31,4
Freigestellter Schülerverkehr	5,7	100,9	17,5
Gelegenheitsverkehr	4,7	1 208,5	257,1
Insgesamt	170,1	2 463,9	14,5

Daß dieser Umsatz nicht mit der Summe der Erlöse aus dem Linien- und Gelegenheitsverkehr im vorigen Kapitel übereinstimmt, hat folgende Gründe: Einmal beziehen sich die Ergebnisse im vorigen Kapitel auf alle Unternehmen, d. h. einschließlich der Unternehmen mit weniger als 6 Bussen, zum anderen auf das Jahr 1987. Allerdings sind auch bei gleicher sachlicher und zeitli-

Abfall in Schleswig-Holstein 1987



Verbleib der Abfälle in öffentlichen Entsorgungsanlagen



Aufkommen der verwertbaren und schadstoffhaltigen Abfälle



Abfall im produzierenden Gewerbe und in Krankenhäusern

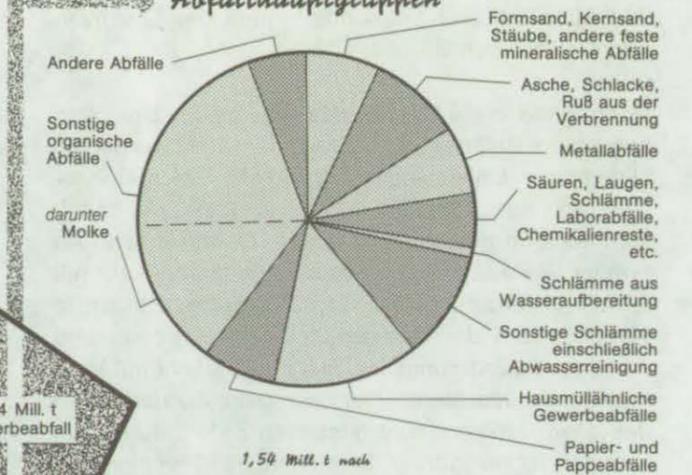
Insgesamt 6,78 Mill. t

der
2 425 Betriebe und
134 Krankenhäuser

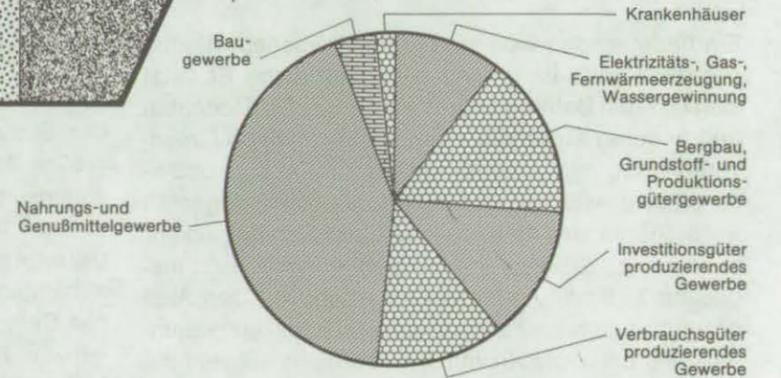
Aufkommen



Abfallhauptgruppen



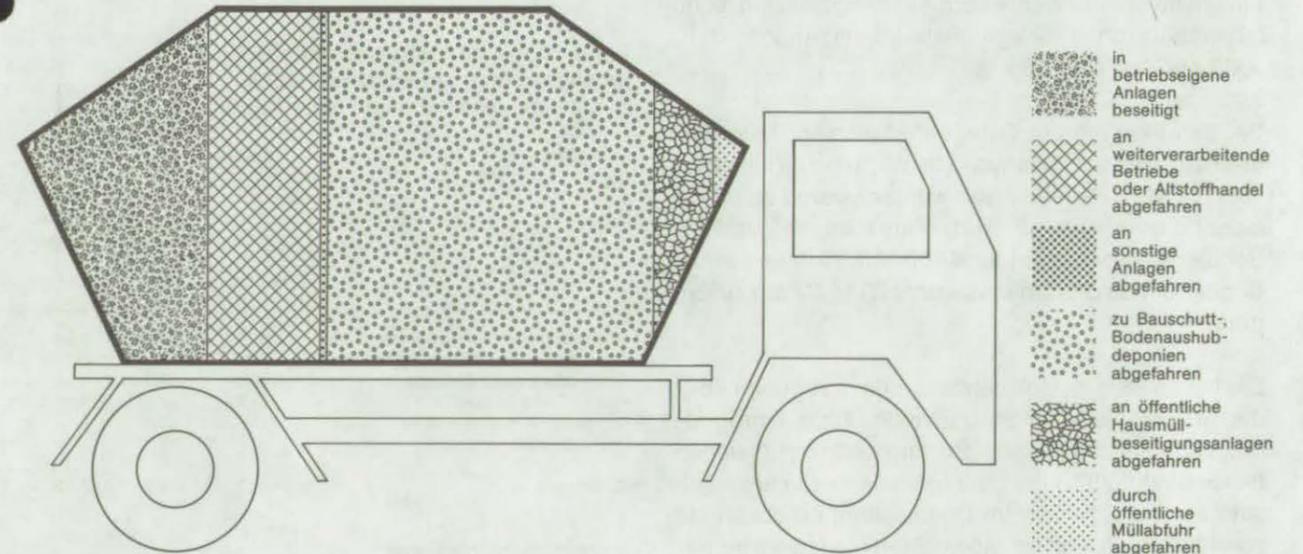
Wirtschaftsbereichen



Verbleib

der 6,78 Mill. t

20,2% 19,3% 1,0% 54,1% 4,7% 0,6%



cher Abgrenzung Differenzen möglich, weil die Ergebnisse der Quartalerhebungen im allgemeinen noch vorläufigen Charakter haben.

Von den Beförderungsentgelten laut Verkehrsstatistik entfielen 177 Mill. DM oder 68 % auf den allgemeinen Linienverkehr. Der Gelegenheitsverkehr kam auf 78,4 Mill. DM, und die Sonderformen des Linienverkehrs erbrachten 3,1 Mill. DM.

Überragend ist die Stellung des allgemeinen Linienverkehrs beim Beförderungsaufkommen. 1988 wurden im allgemeinen Linienverkehr fast 160 Mill. Beförderungsfälle registriert. Das sind 93 % des Beförderungsaufkommens im gesamten Straßenpersonenverkehr. An zweiter Stelle lag der freigestellte Schülerverkehr mit 5,7 Mill. Beförderungsfällen. 4,7 Mill. Beförderungsfälle verzeichneten der Gelegenheitsverkehr, wobei rund 75 % der Beförderungsfälle aus dem Verkehr mit Mietomnibussen resultieren. Der Beitrag der Sonderformen des Linienverkehrs zum gesamten Beförderungsaufkommen ist nur gering. Er machte 1988 weniger als 1 % aus.

Ein bedeutendes Teilaggregat des Personenverkehrs auf der Straße ist der Ausbildungsverkehr. Er setzt sich aus den Beförderungen von Schülern, Studenten und anderen Auszubildenden im allgemeinen Linienverkehr, die mit Hilfe der verkauften Zeitfahrausweise ermittelt werden, aus den Schülerfahrten gemäß § 43 PBefG und dem freigestellten Schülerverkehr zusammen. 1988 wurden im Ausbildungsverkehr insgesamt 59,6 Mill. Personen befördert. Auf den Ausbildungsverkehr entfiel damit gut ein Drittel des gesamten Beförderungsaufkommens. Bezogen auf den allgemeinen Linienverkehr und die Sonderformen des Linienverkehrs einschließlich des freigestellten Schülerverkehrs (ohne Gelegenheitsverkehr) ergibt sich für 1988 ein Anteil von 36 %.

Bei den Pkm lag der Gelegenheitsverkehr knapp vor dem allgemeinen Linienverkehr. Während im Linienverkehr 1,1 Mrd. Pkm geleistet wurden, waren es im Gelegenheitsverkehr 1,2 Mrd. Pkm. Im freigestellten Schülerverkehr kamen rund 100 Mill. Pkm und in den Sonderformen des Linienverkehrs 20 Mill. Pkm zusammen.

Die hohen Pkm im Gelegenheitsverkehr kommen durch die großen Reiseweiten zustande. 1988 betrug die durchschnittliche Reiseweite im gesamten Gelegenheitsverkehr 257 km. Im allgemeinen Linienverkehr sind die Fahrstrecken im Durchschnitt erheblich kürzer. 1988 ergab sich im allgemeinen Linienverkehr eine

Fahrstrecke von 7,1 km je Beförderungsfall. Mit 19 bzw. 17,5 km war die durchschnittliche Fahrstrecke bei den Schülerfahrten und beim freigestellten Schülerverkehr etwa gleich hoch, aber deutlich höher als im allgemeinen Linienverkehr. Bei den Markt- und Theaterfahrten betrug die durchschnittliche Reiseweite im Jahre 1988 31,4 km.

Einnahmen* im Straßenpersonenverkehr 1988

— Unternehmen mit 6 und mehr Bussen —

Verkehrsart	Ins-	Je	Je
	gesamt	Beför-	Personen-
	Mill.DM	derungs-	kilometer
		fall	Pf
		DM	
Allgemeiner Linienverkehr	177,1	1,12	15,6
Sonderformen des Linienverkehrs	3,1	3,62	15,7
darunter			
Schülerfahrten	2,5	3,19	16,8
Markt- und Theaterfahrten	0,1	3,93	12,5
Freigestellter Schülerverkehr	-	-	-
Gelegenheitsverkehr	78,4	16,67	6,5
Insgesamt	258,6	1,52	10,5

*) einschließlich Umsatzsteuer

Die Einnahmen je Beförderungsfall liegen in einer großen Bandbreite. Sie reichten 1988 von 1,12 DM im allgemeinen Linienverkehr bis 30,91 DM im Ausflugsverkehr. Da die durchschnittlichen Beförderungsentgelte entscheidend von der zurückgelegten Entfernung abhängen, ist es verständlich, daß das durchschnittliche Beförderungsentgelt im gesamten Gelegenheitsverkehr fast 15mal höher war als im allgemeinen Linienverkehr. Der niedrige Durchschnittswert im all-

Einnahmen und Verkehrsleistungen im allgemeinen Linienverkehr 1988

— Unternehmen mit 6 und mehr Bussen —

Fahrausweisart	Ein-	Beför-	Ein-
	nahmen*	derte	nahmen
	Mill.DM	Personen	je
		Mill.	Beförde-
			rungsfall
			DM
Einzel- und Mehrfartenausweise	96,7	48,6	1,99
Zeitfahrausweise für Schüler, Studenten			
und andere Auszubildende	52,0	53,1	0,98
Andere Zeitfahrausweise	28,3	43,5	0,65
Schwerbehindertenausweise	-	12,5	-
Freifahrausweise	-	1,0	-
Zusammen	177,1	158,7	1,12

*) einschließlich Umsatzsteuer

gemeinen Linienverkehr ist u. a. darauf zurückzuführen, daß in seine Berechnung auch die kostenlosen Beförderungen von Schwerbehinderten und Personen mit Freifahrausweisen einfließen.

Die Einnahmen je Pkm streuen nicht so stark wie die Einnahmen je Beförderungsfall. Am niedrigsten waren sie im Gelegenheitsverkehr (6,5 Pfennig), am höchsten bei den Schülerfahrten (16,8 Pfennig). Zwischen den Schülerfahrten und dem allgemeinen Linienverkehr (15,6 Pfennig) bestand nur ein geringer Unterschied.

Im allgemeinen Linienverkehr resultierte über die Hälfte der Einnahmen aus dem Verkauf von Einzel- und Mehrfahrten-Fahrscheinen. Knapp 30 % der Einnahmen wurden aus dem Verkauf von Zeitfahrausweisen für Schüler, Studenten und andere Auszubildende und 16 % aus dem Verkauf anderer Zeitfahrausweise erzielt.

Bei Einzel- und Mehrfahrausweisen kamen die Verkehrsunternehmen auf einen Schnitt von rund 2 DM, bei Zeitfahrausweisen im Ausbildungsverkehr auf fast 1 DM, also auf knapp die Hälfte der durchschnittlichen Beförderungsentgelte für Einzel- und Mehrfahrausweise. Der Verkauf von Zeitfahrausweisen an Rentner, Familienmitglieder von Betriebsangehörigen und an andere begünstigte Personengruppen erbrachte eine Durchschnittseinnahme von 65 Pfennigen je Fahrt. Bei der Beurteilung der Durchschnittsentgelte muß man berücksichtigen, daß dazu noch die Abgeltungszahlungen der öffentlichen Hand kommen. Auf eine solche Berechnung muß hier allerdings verzichtet werden, weil sich die ermittelten Abrechnungszahlungen den einzelnen Verkehrsformen und Fahrausweisarten ohne zusätzliche Informationen nicht eindeutig zuordnen lassen.

Karl-Heinz König

Die Einkommen in den Kreisen aus der Sicht der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen

Problemstellung und Vorgehensweise

In den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen gibt es auf Länderebene eine Fülle von Daten aus allen drei Berechnungsseiten des Sozialprodukts: aus der Entstehungsrechnung, der Verteilungsrechnung und der Verwendungsrechnung. Seit mehr als 30 Jahren werden diese Zahlen im Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder gemeinsam erarbeitet und mit ausführlichen Methodenbeschreibungen regelmäßig in Gemeinschaftsveröffentlichungen dargestellt.¹

Fast ebenso lange gibt es auch auf der tieferen Regionalebene der Kreise Berechnungen zur „Wirtschaftskraft“. Zunächst stand dafür das Bruttoinlandsprodukt zu Marktpreisen zur Verfügung, nach Umstellung der Rechenverfahren auf Bundes- und Länderebene auf das sogenannte Nettosystem² wurde für Kreise nicht mehr das Bruttoinlandsprodukt berechnet, sondern nur die im Berechnungsablauf zunächst anfallende Bruttowertschöpfung zu Marktpreisen.

Da eine Aufteilung der Einfuhrabgaben und der nicht-abziehbaren Umsatzsteuer auf Kreise nur schematisch nach einem Schlüsselverfahren möglich wäre — regionale Informationen hierüber reichen für eine differenziertere Rechnung nicht aus —, wurde dieser nächste Rechenschritt zum Bruttoinlandsprodukt ganz fortgelassen, da die Qualität der Ergebnisse damit keinesfalls zu verbessern wäre.

Das Datenangebot reicht nicht aus, um eine der Länderrechnung vergleichbare geschlossene Drei-Seiten-

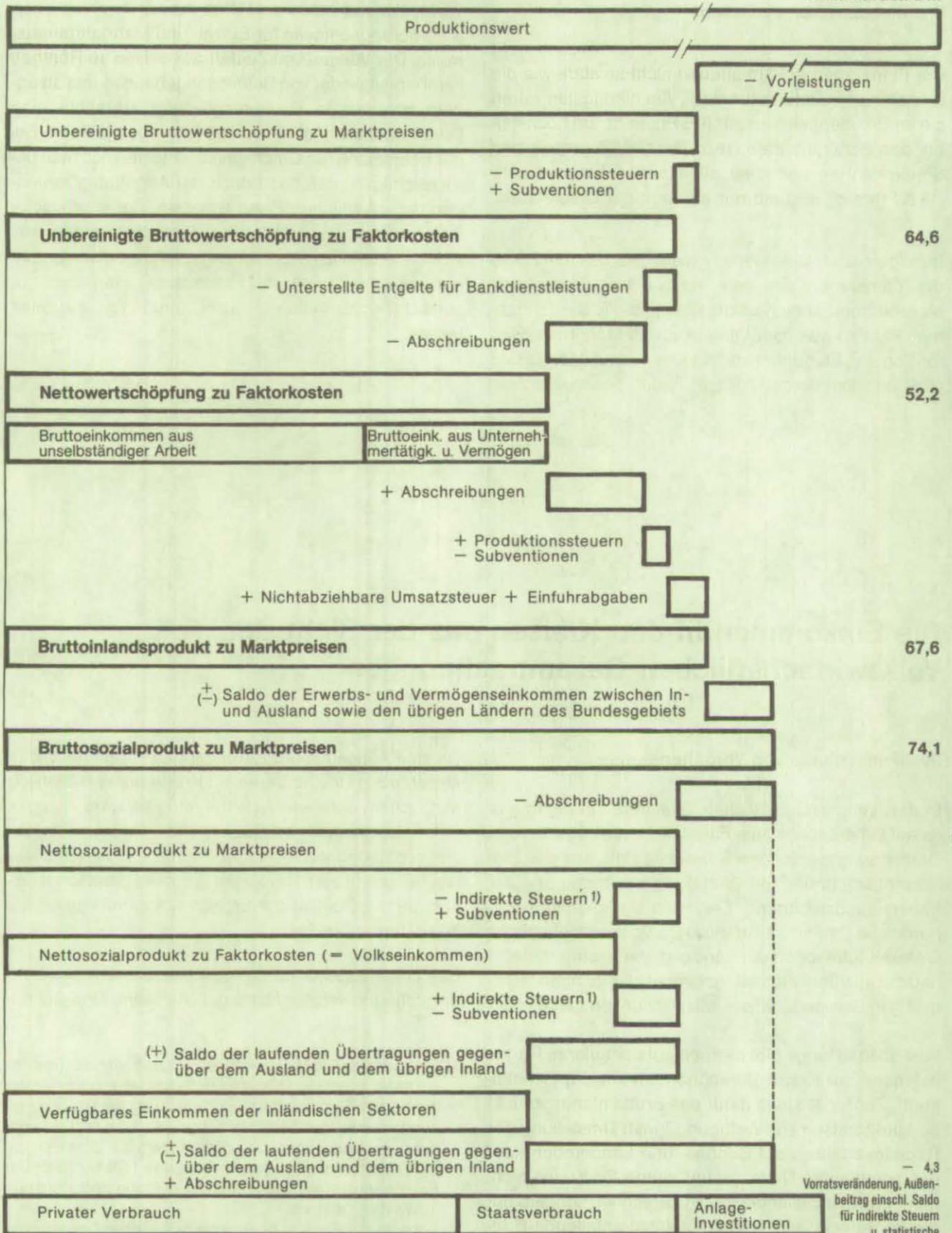
- 1) Eine umfassende Methodenbeschreibung aller drei Berechnungsseiten enthält: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder, Gemeinschaftsveröffentlichung der Statistischen Landesämter, Heft 15, Entstehung, Verteilung und Verwendung des Sozialprodukts in den Ländern der Bundesrepublik Deutschland, Revidierte Ergebnisse 1970 bis 1985. Die Ergebnisse am aktuellen Rand der Zeitreihe sind allerdings inzwischen überholt.
- 2) siehe hierzu: Revision der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen, in Heft 12/1984 dieser Zeitschrift

Schematische Darstellung der wichtigsten Begriffe der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen

D 5844 Stat. LA S-H

Schleswig-Holstein 1986

in Milliarden DM



1) Produktionssteuern, Nichtabziehbare Umsatzsteuer und Einfuhrabgaben.

- 4,3
Vorratsveränderung, Außenbeitrag einschl. Saldo für indirekte Steuern u. statistische Differenzen

Rechnung des Sozialprodukts auch für Kreise durchzuführen. Das wesentliche Aggregat der Kreisberechnung ist also die zur Entstehungsseite des Sozialprodukts gehörende Bruttowertschöpfung zu Marktpreisen.

Die Bruttowertschöpfung wird für Kreise im Zweijahres-Rhythmus jeweils für die geraden Kalenderjahre berechnet. Einer der Gründe dafür, daß das nicht jährlich geschieht, ist darin zu suchen, daß auch die Umsatzsteuerstatistik, die für etliche Wirtschaftsbereiche der Kreisberechnung eine wesentliche Stütze ist, zweijährlich in den geraden Kalenderjahren durchgeführt wird.

Ebenso wie in der Länderrechnung sind auch die Methoden und Rechenverfahren der Entstehungsrechnung für die Kreise abgestimmt, die Ergebnisse erscheinen in Gemeinschaftsveröffentlichungen³ und auch in Statistischen Berichten der Landesämter.⁴

Ab 1980 gehört neben der Bruttowertschöpfung zu Marktpreisen auch die Bruttowertschöpfung zu Faktorkosten zum Standardprogramm der Kreisberechnungen. Anlaß für die Ausweitung des Rechenprogramms war, für die Kreise Meßgrößen zu erhalten, die ihre Wirt-

schaftskraft besser darstellen können, als die Bruttowertschöpfung zu Marktpreisen dies vermag. Produktionssteuern und Subventionen, die definitionsgemäß zum Marktpreiskonzept gehören, werden bei der Berechnung zu Faktorkosten saldiert abgezogen. Produktionssteuern wie die auf Mineralöl, Tabak oder auch Spirituosen werden am Ort der Produktion erhoben und blähen die Wertschöpfung auf, ohne daß sie dort auch zu Einkommen führen. Da die Betriebe mit verbrauchsteuerhaltiger Produktion aber nur in einzelnen Kreisen des Landes zu finden sind, ist ein Regionalvergleich zu Marktpreisen verzerrt. Umgekehrt fließen Subventionen an Wirtschaftsbereiche und Unternehmen regional ebenfalls sehr unterschiedlich.

Die Bruttowertschöpfung zu Faktorkosten gibt ein wesentlich genaueres Bild über die in der Region entstandenen Einkommen, die das Thema dieses Aufsatzes sind. Für Schleswig-Holstein ist die Einkommensverteilung auf abhängige Beschäftigung und auf Unternehmertätigkeit und Vermögen bekannt. Die Frage lautet: Kann man diese Verteilung auch für die Kreise ermitteln?

Noch interessanter wäre vielleicht, was den Einwohnern einer Region, hier eines Kreises, letztlich als Einkommen für Konsum und Ersparnis zur Verfügung steht. Wie die Ausführungen zeigen werden, ist dieses Ziel mit weitaus mehr Annahmen und Unsicherheiten behaftet als die in dieser Untersuchung zunächst einmal angestrebte „Zwischenstufe“ der Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit und der Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen nach dem Inlands-konzept, also dem Ort des Entstehens der Einkommen.

3) Zuletzt: Heft 18, Bruttowertschöpfung der kreisfreien Städte und Landkreise in der Bundesrepublik Deutschland 1980 und 1986

4) In Nordrhein-Westfalen werden die Kreisberechnungen sogar jährlich durchgeführt, und darüber hinaus werden dort auch einzelne Aggregate der Verteilungs- und Verwendungsseite auf Kreisebene regelmäßig berechnet und veröffentlicht.

Die Bruttowertschöpfung zu Faktorkosten und ihre Komponenten in Schleswig-Holstein 1980 bis 1986

Jahr	Bruttowertschöpfung zu Faktorkosten ¹	Davon		Nettowertschöpfung zu Faktorkosten		davon Bruttoeinkommen aus ...			
		Abschreibungen und unterstellte Entgelte ²	% von Spalte 1	Mrd. DM	% von Spalte 1	Unternehmertätigkeit und Vermögen		unselbständiger Arbeit	
						Mrd. DM	% von Spalte 1	Mrd. DM	% von Spalte 1
1980	50,3	8,6	17,1	41,7	82,9	12,8	25,4	28,9	57,5
1982	54,0	10,4	19,3	43,6	80,7	12,7	23,5	30,9	57,2
1984	59,8	11,8	19,6	48,1	80,4	15,5	25,9	32,6	54,5
1986	64,7	12,4	19,1	52,4	80,9	17,7	27,4	34,6	53,5

1) Unbereinigt, d. h. einschließlich der unterstellten Entgelte für Bankdienstleistungen

2) für Bankdienstleistungen

Ob sich daraus einmal die „verfügbaren“ Einkommen der Inländer durch weitere Rechenschritte entwickeln lassen oder man hierfür evtl. ganz andere methodische Wege geht, muß noch näher untersucht werden.

Als Ausgangsmaterial für die Berechnungen, die in der hier vorgestellten Form nur für die Kreise Schleswig-Holsteins durchgeführt wurden, stand die Bruttowertschöpfung zu Faktorkosten für vier Jahre — 1980, 1982, 1984 und 1986 — zur Verfügung. Sie mißt die Einkommen, die durch Produktion von Gütern und Diensten in einer bestimmten Region, hier in einem Kreis des Landes, entstanden sind. Außer diesen Einkommen — nämlich Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit und Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen — zählen zur (unbereinigten) Bruttowertschöpfung zu Faktorkosten aber auch noch Abschreibungen des verwendeten Produktionskapitals sowie die von den Unternehmen in Anspruch genommenen sogenannten „unterstellten“ Bankdienstleistungen. Es sind also in einem nächsten Rechenschritt Abschreibungen und unterstellte Entgelte für Bankdienstleistungen von der Bruttowertschöpfung zu Faktorkosten abzuziehen. Erst diese Restgröße, die Nettowertschöpfung zu Faktorkosten, enthält nur noch die Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit und die Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen, die beiden Aggregate, denen diese Untersuchung gilt.⁵

Für die Berechnung des in einer Region entstandenen Einkommens aus unselbständiger Arbeit stehen verschiedene Datenquellen zur Verfügung. Die Ermittlung der Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen ist aber auf direktem Wege nicht möglich, sondern muß durch Differenzbildung erfolgen. Bevor jedoch auf diese beiden Aggregate eingegangen wird, sollen die Zwischenschritte des Rechenweges, nämlich die Schätzung der Abschreibungen und der unterstellten Entgelte für Bankdienstleistungen auf Kreisebene, näher erläutert werden.

Für die Bundesländer werden Abschreibungen jährlich in wirtschaftlicher Gliederung nach einheitlicher Methode ermittelt. Grundlage hierfür bildet eine Kapitalvermögensrechnung für alle Wirtschaftsbereiche, so

5) Die Bestimmungswörter „brutto“ und „netto“ werden leider nicht einheitlich benutzt. Vor „Wertschöpfung“ gesetzt, sagen sie aus, ob die Abschreibungen noch enthalten sind oder nicht. Vor „Einkommen“ stehen sie dafür, ob Steuern und Sozialabgaben schon abgezogen sind oder nicht.

daß die Abschreibungen auf Landesebene relativ gut fundiert berechnet werden können. Für die Kreise liegen allerdings keine Informationen über das bei der Produktion eingesetzte Kapitalvermögen vor. Man muß hier den Landeswert nach einem Schlüsselverfahren auf die Kreise „verteilen“:

Die Bruttowertschöpfung zu Faktorkosten setzt sich, wie bereits erläutert, aus folgenden Komponenten zusammen:

- Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit
- + Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen
- + Abschreibungen
- + Unterstellte Entgelte für Bankdienstleistungen.

Es wurde angenommen, daß nicht nur die Abschreibungen, sondern auch die unterstellten Entgelte für Bankdienstleistungen eher „kapitalverbunden“ sind als arbeitsbezogen. Ferner wurde angenommen, daß die Bruttowertschöpfung zu Faktorkosten die Wirtschaftskraft einer Region „richtig“ darstellt, abgezogen wurden davon die Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit, auf deren genaue Berechnung weiter unten eingegangen wird. In einem weiteren Schritt wurden Abschreibungen und unterstellte Entgelte für Bankdienstleistungen zusammen und je Kreis aus dieser Restgröße mit ihrem landesdurchschnittlichen Anteil herausgerechnet. Dieser Abzugsposten besteht zu etwa drei Vierteln aus Abschreibungen und zu einem Viertel aus unterstellten Entgelten für Bankdienstleistungen. Der Restwert ist das Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen je Kreis. Erst eine Prüfung im Zusammenhang mit den Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit und mit der Bruttowertschöpfung zu Faktorkosten läßt eine Bewertung zu, wie plausibel die auf diese Weise errechneten Ergebnisse sind. Der Schluß der Untersuchung wird sich mit dieser Frage befassen.

Ermittlung der Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit

Im Rahmen der Verteilungsrechnung werden für das Land Schleswig-Holstein jährlich Bruttolohn- und -gehaltssummen und Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit in wirtschaftlicher Gliederung nach dem Inlandskonzept ermittelt. Lohn- und Gehaltssummen und Einkommen aus unselbständiger Arbeit unterscheiden sich durch die von den Arbeitgebern zu zahlenden Sozialbeiträge zu den gesetzlichen Versicherungsträgern. Zu diesen drei Größen liegen jeweils

nur Landesergebnisse vor. Um auch für Kreise geeignete Angaben zu erhalten, wurden die regional erhobenen Daten der Personalausgaben der öffentlichen Verwaltung und sekundärstatistisches Material der Bundesanstalt für Arbeit über die Entgelte der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten (Entgeltstatistik) herangezogen.⁶ Aus der Finanzstatistik wurden die Beamtenbezüge benötigt, aus der Entgeltstatistik waren die Verdienste aller übrigen abhängig Beschäftigten zu entnehmen, die gemäß der Definition dieser Statistik dort erfaßt sind. Der Entgeltstatistik entstammen über vier Fünftel der Verdienste. Sie ist eine noch neue, mit gewissen Schwächen behaftete Datenquelle, die in der Gesamtrechnung bisher noch nicht eingesetzt wird.

Ein Vergleich der aus diesen beiden Datenquellen ermittelten Lohn- und Gehaltssummen auf Landesebene mit den aus der Gesamtrechnung bekannten Bezügen ergab nur geringe Unterschiede: die aus der Gesamtrechnung stammenden Werte liegen um einige Prozente höher. Da durch die Statistik der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten die geringfügigen Beschäftigungsfälle nicht und die oberhalb der Versicherungspflichtgrenze liegenden Entgelte nur mit ihrem versicherungspflichtigen Teil erfaßt werden, ist diese Differenz nach Richtung und Höhe durchaus plausibel. Die Einkommenssituation der abhängig Beschäftigten in den Kreisen wird also durch die Entgelte der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten und der Beamtenbezüge aus den beiden genannten Statistiken wirklichkeitsnah dargestellt.

Um bei diesem Vergleich außerdem kreisspezifische Wirtschaftsstrukturen zu berücksichtigen, wurden die Berechnungen auch für den produzierenden Bereich und den Dienstleistungsbereich getrennt durchgeführt. Für dieses Vorgehen sprach die Tatsache, daß die Höhe der in einer Region erzielten Einkommen aus unselbständiger Arbeit nicht allein von der Zahl der dort tätigen Personen abhängig ist, sondern sie wird nicht unerheblich vom Gewicht der einzelnen Wirtschaftszweige und den für sie spezifischen Verdiensten wie auch von Art und Dauer der Erwerbstätigkeit beeinflusst. So werden — wie auch diese Untersuchung ergab — in vielen Dienstleistungen deutlich niedrigere Pro-Kopf-Einkommen erzielt als in den produzierenden Bereichen, da im Dienstleistungsbereich häufiger Teilzeitbeschäftigungen und niedrigere Löhne anzutreffen sind.

6) Zur Methode der Entgeltstatistik siehe 7/1988 dieser Zeitschrift, außerdem: Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte nach Beschäftigungsdauer und Bruttoarbeitsentgelt, in „Wirtschaft und Statistik“, Heft 5/1987

Die kreisweise aus der Entgeltstatistik zusammen mit den Beamtenbezügen gewonnenen Lohn- und Gehaltssummen für den produzierenden und den Dienstleistungsbereich wurden als Schlüsselgrößen verwendet, um die Landessummen beider Wirtschaftsbereiche, die aus der Gesamtrechnung stammen, auf die Kreise aufzuteilen. Durch dieses Schlüsselverfahren wurden gleichzeitig die geringen Differenzen zwischen Lohn- und Gehaltssumme aus der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung einerseits und den Entgelten der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten und den Beamtenbezügen andererseits proportional auf die Kreise verteilt. Es darf vermutet werden, daß die nicht erfaßten Einkommen in einem gewissen festen Verhältnis zu den erfaßten stehen und der Ausgleich somit vertretbar ist.

Eine über die grobe Zweiergliederung hinausgehende Differenzierung nach Wirtschaftszweigen mag nahe liegen, stünde aber vor dem Problem, daß die wirtschaftssystematische Zuordnung unterschiedlich erfolgt.

Im nächsten Arbeitsschritt war der VGR-Landeswert der von den Arbeitgebern gezahlten Sozialbeiträge auf die Kreise zu verteilen. Aus mehreren Arbeitskostenerhebungen, die im Rahmen von EG-Sondererhebungen durchgeführt wurden, ist zu entnehmen, daß die Höhe der Sozialbeiträge von Wirtschaftsbereich zu Wirtschaftsbereich etwas unterschiedlich ist. Das hängt einmal mit der tatsächlichen Entgelthöhe zusammen, zum anderen damit, welche zusätzlichen — neben den gesetzlichen — Sozialleistungen von den Arbeitgebern übernommen werden. Für den weiteren Rechengang erwies es sich als sinnvoll, die Sozialkostenzuschläge ebenfalls getrennt für den produzierenden und den Dienstleistungsbereich zu den Lohn- und Gehaltssummen hinzuzurechnen. Das Ergebnis waren die Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit nach zwei Sektoren, die zusammengefaßt das Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit insgesamt für alle Kreise ergeben. Damit ist auch die zweite Größe, die es zu berechnen galt, festgelegt. Bekannt sind jetzt für jeden Kreis die Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen und die Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit, die zusammen die Nettowertschöpfung zu Faktorkosten bilden. Ergebnisse wurden für die vier Jahre 1980, 1982, 1984 und 1986 berechnet.

Ergebnisse

Während bisher Methode und Rechengang beschrieben wurden, sollen in den nächsten Abschnitten die Ergebnisse erläutert werden. Im Vordergrund der Kommentierung stehen nicht die absoluten DM-Beträge

Die Bruttowertschöpfung zu Faktorkosten und ihre Komponenten in den Kreisen 1980 und 1986

KREISFREIE STADT Kreis	Bruttowertschöpfung zu Faktorkosten ¹	Davon		Nettowertschöpfung zu Faktorkosten	davon Bruttoeinkommen aus ...			
		Abschreibungen und unterstellte Entgelte ²			Unternehmertätigkeit und Vermögen		unselbständiger Arbeit	
					Mrd. DM	% v. Sp. 1	Mrd. DM	% von Sp. 1
1980								
FLENSBURG	2,6	0,4	16,4	2,2	0,6	24,4	1,5	59,2
KIEL	6,9	0,8	11,6	6,1	1,2	17,4	4,9	71,0
LÜBECK	5,4	0,8	14,2	4,6	1,1	21,1	3,5	64,7
NEUMÜNSTER	1,9	0,3	14,4	1,6	0,4	21,5	1,2	64,1
Dithmarschen	2,5	0,5	20,3	2,0	0,8	30,3	1,3	49,4
Hzgt. Lauenburg	2,1	0,3	15,8	1,7	0,5	23,5	1,2	60,7
Nordfriesland	2,9	0,6	19,3	2,3	0,8	28,9	1,5	51,8
Ostholstein	3,0	0,5	17,6	2,5	0,8	26,3	1,7	56,1
Pinneberg	4,8	0,8	17,6	4,0	1,3	26,2	2,7	56,2
Plön	1,4	0,3	20,2	1,1	0,4	30,1	0,7	49,7
Rendsburg-Eckernförde	4,5	0,9	21,1	3,5	1,4	31,5	2,1	47,4
Schleswig-Flensburg	3,0	0,7	22,1	2,3	1,0	33,0	1,3	44,9
Segeberg	3,4	0,5	15,3	2,9	0,8	22,8	2,1	61,8
Steinburg	2,8	0,6	22,1	2,2	0,9	33,0	1,3	44,8
Stormarn	3,1	0,5	16,1	2,6	0,7	24,0	1,9	59,9
Schleswig-Holstein	50,3	8,6	17,1	41,7	12,8	25,4	28,9	57,5
1986								
FLENSBURG	3,3	0,6	17,1	2,7	0,8	24,5	1,9	58,3
KIEL	9,0	1,3	14,9	7,7	1,9	21,2	5,8	63,9
LÜBECK	6,7	1,1	16,6	5,6	1,6	23,8	4,0	59,6
NEUMÜNSTER	2,3	0,4	15,6	1,9	0,5	22,4	1,4	62,0
Dithmarschen	3,5	0,8	23,5	2,6	1,2	33,7	1,5	42,8
Hzgt. Lauenburg	3,0	0,6	20,4	2,4	0,9	29,2	1,5	50,5
Nordfriesland	3,6	0,8	21,1	2,9	1,1	30,2	1,8	48,8
Ostholstein	3,6	0,7	18,9	2,9	1,0	27,0	2,0	54,1
Pinneberg	6,0	1,1	18,7	4,9	1,6	26,8	3,3	54,5
Plön	1,8	0,4	22,6	1,4	0,6	32,3	0,8	45,0
Rendsburg-Eckernförde	5,6	1,2	22,3	4,3	1,8	32,0	2,5	45,7
Schleswig-Flensburg	3,7	0,9	23,5	2,8	1,2	33,6	1,6	42,9
Segeberg	4,6	0,8	16,8	3,9	1,1	24,0	2,7	59,2
Steinburg	3,4	0,8	22,8	2,6	1,1	32,6	1,5	44,7
Stormarn	4,7	1,0	20,4	3,8	1,4	29,2	2,4	50,4
Schleswig-Holstein	64,7	12,4	19,1	52,4	17,7	27,4	34,6	53,5

1) Unbereinigt, d. h. einschließlich der unterstellten Entgelte für Bankdienstleistungen

2) für Bankdienstleistungen

in den einzelnen Kreisen, die zwar den Rechengang bestimmten, es soll vor allem ein Vergleich zwischen den Kreisen durch entsprechende Relationen und Maßzahlen ermöglicht werden.

In den Beschreibungen zum Rechengang wurde bereits betont, daß schon der Landeswert der Abschreibungen wie auch der unterstellten Entgelte für Bankdienstleistungen eine mit Unsicherheiten behaftete, errechnete Größe ist, bei den Zahlen für Kreise handelt es sich um reine Schätzwerte.

Die Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit ließen sich kreisweise annähernd genau berechnen und lassen daher auch gute Aussagen über die regionale Verteilung dieser Einkommen zu. Wenn man voraussetzt, daß auch die Bruttowertschöpfung zu Faktorkosten eines Kreises „richtig“ dargestellt ist, ergibt sich als Differenz aus diesen beiden Größen die Summe aus Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen, Abschreibungen und unterstellten Entgelten für Bankdienstleistungen. Diese Summe hat folglich die gleiche Aussagekraft zur Regionalverteilung wie die

Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit. Abschreibungen und unterstellte Entgelte für Bankdienstleistungen zusammen machten im Jahr 1980 in Schleswig-Holstein 8,6 Mrd. DM aus, 1986 waren es 12,4 Mrd. DM. Im Landesdurchschnitt erreichten sie 1986 knapp 20 % der Bruttowertschöpfung zu Faktorkosten, die Streubreite in den Kreisen reichte von einem Anteil von knapp 15 % in Kiel bis zu gut 23 % in Dithmarschen und Flensburg. Zwischen den Jahren 1980 und 1986 ist dieser Anteil in allen Kreisen gestiegen, weil auch das Korrelat, die Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen, an relativer Bedeutung gewonnen hat.

Die Zahlen sollten allerdings recht kritisch beurteilt werden, da nicht bekannt ist und es sich auch nicht prüfen läßt, ob tatsächlich eine Korrelation zwischen den Abschreibungen und den unterstellten Entgelten für Bankdienstleistungen einerseits und den Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen andererseits besteht, wie sie für diese Berechnung unterstellt wurde.

Die Anteile des Bruttoeinkommens aus Unternehmertätigkeit und Vermögen an der Nettowertschöpfung zu Faktorkosten liegen im Landesdurchschnitt in den vier Berechnungsjahren bei rund 30 % mit steigender Tendenz. Während 1980 der niedrigste Anteil in einem Kreis mit knapp 20 % ausgewiesen wurde, lag dieser Wert 1986 bei 25 %. Umgekehrt nahm der höchste An-

Rangfolge der Kreise nach dem Anteil der Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen an der Nettowertschöpfung zu Faktorkosten

KREISFREIE STADT Kreis	1980		1986	
	Anteil in %	Rang- folge	Anteil in %	Rang- folge
FLENSBURG	29,2	9	29,6	11
KIEL	19,6	15	24,9	15
LÜBECK	24,6	14	28,5	13
NEUMÜNSTER	25,1	13	26,5	14
Dithmarschen	38,0	4	44,0	1
Hzgt. Lauenburg	27,9	11	36,6	8
Nordfriesland	35,8	6	38,2	6
Ostholstein	31,9	7	33,3	9
Pinneberg	31,8	8	32,9	10
Plön	37,7	5	41,8	4
Rendsburg-Eckernförde	39,9	3	41,2	5
Schleswig-Flensburg	42,4	2	43,9	2
Segeberg	27,0	12	28,8	12
Steinburg	42,4	1	42,2	3
Stormarn	28,6	10	36,7	7
Schleswig-Holstein	30,7	X	33,8	X

teil von gut 40 % (1980) auf 44 % (1986) zu. Von dieser Entwicklung wich nur das Ergebnis des Jahres 1982 ab, hier war in fast allen Kreisen ein geringerer Anteil als 1980 festzustellen.

Die Differenz zwischen dem Kreis mit dem höchsten und dem niedrigsten Anteil der Unternehmer- und Vermögenseinkommen an der Nettowertschöpfung des Kreises lag 1980 bei 23 Prozentpunkten, 1986 bei 19 Prozentpunkten. Das bedeutet zwar eine gewisse Annäherung der Kreise untereinander, doch hat sich die Rangfolge der Kreise bei den Anteilen nur unwesentlich geändert. Kreise, die 1980 einen hohen Anteil Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen gehabt hatten, hatten ihn auch 1986, entsprechendes gilt für die Kreise mit mittleren und geringeren Anteilen.

Die vier kreisfreien Städte Flensburg, Kiel, Lübeck und Neumünster haben einen vergleichsweise geringeren Anteil der Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen an der Nettowertschöpfung, als der Landesdurchschnitt ausweist. Während in Flensburg, Kiel und Lübeck überdurchschnittlich viele abhängig Beschäftigte ihr Einkommen im Dienstleistungsbereich beziehen, trifft dies für Neumünster nicht zu. Hier überwiegt der produzierende Bereich.

Außer in Flensburg, Kiel und Lübeck lag 1986 auch in Nordfriesland, Ostholstein und Schleswig-Flensburg die Bedeutung der abhängigen Beschäftigung im Dienstleistungssektor über dem Landesdurchschnitt. Schleswig-Flensburg hatte 1980 und 1986 den zweithöchsten, 1982 und 1984 sogar den höchsten Anteil der Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen an der Nettowertschöpfung, während Nordfriesland und Ostholstein auf mittleren Plätzen zu finden sind. Die Höhe des Anteils der erzielten Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen in einem Kreis hängt also nicht davon ab, ob er in seinem wirtschaftlichen Schwerpunkt dienstleistungs- oder eher produktionsorientiert ist.

Weil die Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit das Komplement der Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen sind, verlief die Entwicklung ihres Anteils entsprechend entgegengesetzt: Im Landesdurchschnitt erreichten die Einkommen aus unselbständiger Arbeit einen Anteil an der Bruttowertschöpfung zu Faktorkosten von gut 57 % im Jahr 1980, im Jahr 1986 war dieser Anteil auf knapp 54 % zurückgegangen.

Im folgenden seien die durchschnittlichen jährlichen Veränderungsrate der Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit und der Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen betrachtet:

Rangfolge der Kreise nach der durchschnittlichen jährlichen Zuwachsrate der Bruttoeinkommen von 1980 bis 1986

Rangfolge	KREISFREIE STADT Kreis	Durchschnittliche jährliche Zunahme in %
Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit		
1	Segeberg	4,5
2	Stormarn	4,1
3	FLENSBURG	3,6
4	Pinneberg	3,3
5	Hzgt. Lauenburg	3,2
6	Rendsburg-Eckernförde	3,2
	Schleswig-Holstein	3,1
7	Nordfriesland	2,9
8	Dithmarschen	2,8
9	KIEL	2,8
10	Steinburg	2,7
11	Schleswig-Flensburg	2,6
12	NEUMÜNSTER	2,6
13	Ostholstein	2,5
14	LÜBECK	2,5
15	Plön	2,0

Rangfolge	Kreis	Durchschnittliche jährliche Zunahme in %
Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen		
1	Stormarn	10,7
2	Hzgt. Lauenburg	10,3
3	KIEL	8,2
4	Dithmarschen	7,2
5	Segeberg	6,1
6	LÜBECK	5,9
	Schleswig-Holstein	5,6
7	Plön	5,0
8	Nordfriesland	4,7
9	Pinneberg	4,2
10	Rendsburg-Eckernförde	4,1
11	FLENSBURG	3,9
12	NEUMÜNSTER	3,8
13	Schleswig-Flensburg	3,6
14	Ostholstein	3,6
15	Steinburg	2,5

Insgesamt sechs Kreise haben bei der Zunahme der Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit von 1980 bis 1986 über dem Landesdurchschnitt liegende Zuwachsraten aufzuweisen. Es sind dies Segeberg, Stormarn, Flensburg, Pinneberg, Hzgt. Lauenburg und Rendsburg-Eckernförde, also mit Ausnahme der Stadt Flensburg Kreise des südlichen und mittleren

Schleswig-Holsteins. Bei der Entwicklung der Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen liegen ebenfalls sechs Kreise über dem Landesdurchschnitt, hier sind es Stormarn, Hzgt. Lauenburg, Kiel, Dithmarschen, Segeberg und Lübeck. Bemerkenswert ist, daß drei Kreise, nämlich Stormarn, Hzgt. Lauenburg und Segeberg, die bei der Zunahme der Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit einen vorderen Platz einnehmen, auch bei den Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen an erster Stelle der Skala zu finden sind.

Im Landesdurchschnitt und in allen Kreisen nahmen im Zeitraum 1980 bis 1986 die Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen stärker zu als die Einkommen der abhängig Beschäftigten. In gut der Hälfte der Kreise ist jeweils eine gegenläufige Entwicklung zu beobachten: steigt das Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit in einem Kreis relativ stärker als im Landesmittel, so entwickelt sich das Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen schwächer, und umgekehrt. In einigen Kreisen nahmen beide Aggregate relativ etwa gleich stark zu.

Es sei betont, daß dies noch keine Aussage über die Entwicklung der Einkommen je Haushalt oder je Kopf ergibt. Inwieweit hier Fluktuationen auch in der Zahl der Arbeitsplätze in den Kreisen eine Rolle spielen, kann aus den Zahlen der Erwerbstätigen und der Arbeitnehmer der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung nicht erhellt werden, denn die gibt es bisher nur fürs Land insgesamt. Ferner sei wiederholt, daß hier die im Kreis entstandenen und nicht die an die Einwohner des Kreises geflossenen Einkommen das Thema waren.

Anmerkungen zur Plausibilität der Ergebnisse

Die hier vorgestellten Überlegungen zielten vor allem darauf ab, ob die berechneten Größen für sich selbst genommen plausibel erscheinen und auch zueinander in einem vernünftigen Verhältnis stehen. Als Maßstab diente dabei für alle Rechenwerte das Landesergebnis, da diese Zahlen aus den amtlichen Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen stammen und hinreichend gesichert sind.

Die Streubreiten der Kreisergebnisse um den Landeswert sind bei den Aggregaten unterschiedlich groß. In ihrem Anteil an der Nettowertschöpfung zu Faktorkosten streuten die Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit, die — neben der Bruttowertschöpfung zu Faktorkosten — als die am sichersten zu berechnen-

den Werte gelten können, 1980 von bis zu ± 13 Prozentpunkten um den Landesdurchschnitt. 1986 hatten sich die Werte in den Kreisen etwas angenähert, so daß noch maximal ± 10 Prozentpunkte Differenz zum Landesdurchschnitt festgestellt wurden.

Bei den Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen, die im Gewicht schwächer sind, fielen die Unterschiede zwischen dem höchsten und niedrigsten Anteil etwas geringer aus. Die entsprechenden Anteile in den Kreisen wichen 1980 bis zu ± 8 Prozentpunkten und 1986 ± 6 Prozentpunkte vom Durchschnitt ab.

Das Verhältnis der Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit zu den Bruttoeinkommen aus Unterneh-

merständigkeit und Vermögen kann damit auch in den Kreisen als plausibel angesehen werden, die Unterschiede lassen sich durch die wirtschaftlichen Strukturen der Kreise erklären.

Wie eingangs gesagt, sind die vorstehenden Ausführungen nur ein erster Schritt auf dem Wege zur Berechnung der in den Kreisen verfügbaren Einkommen. Bevor die hier vorgestellten Berechnungen in das laufende Programm für die Kreise aufgenommen werden, sollen Verbesserungen abgewartet werden, die im sekundärstatistischen Ausgangsmaterial der Entgeltstatistik noch vorgenommen werden.

Hannelore Kapust

Kurzbericht:

Verarbeitendes Gewerbe 1988: Investitionsquote leicht gesunken

Die im Land ansässigen Betriebe des Bergbaus und des verarbeitenden Gewerbes haben im Jahre 1988 für Investitionen rund 1,75 Mrd. DM aufgewendet. Das sind wertmäßig 82 Mill. DM oder 4,9 % mehr als im vorher-

Investitionen des verarbeitenden Gewerbes — Betriebe von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten; einschl. Bergbau —

	1985	1986	1987	1988
Gebäude und Grundstücke				
Millionen DM	241	259	303	350
Veränd. z. Vorjahr in %	- 24,8	+ 7,4	+ 17,1	+ 15,2
Maschinen und Betriebsausstattung				
Millionen DM	1 067	1 202	1 363	1 398
Veränd. z. Vorjahr in %	+ 6,1	+ 12,6	+ 13,4	+ 2,6
Insgesamt				
Millionen DM	1 309	1 461	1 666	1 748
Veränd. z. Vorjahr in %	- 1,4	+ 11,7	+ 14,0	+ 4,9
Je Beschäftigten				
DM	7 801	8 678	10 091	10 335
Veränd. z. Vorjahr in %	- 2,3	+ 11,2	+ 16,3	+ 2,4
Aufwendungen für gemietete und gepachtete Sachanlagen				
Millionen DM	302,2	316,4	315,0	359,8
Veränd. z. Vorjahr in %	+ 8,9	+ 4,7	- 0,4	+ 14,2

gehenden Jahr; aber unter Berücksichtigung der Preissteigerung bei Investitionsgütern von 1,6 % ist das reale Investitionsvolumen nur um schätzungsweise gut 3 % höher ausgefallen als 1987. Damals hatten die Bruttouzugänge auf Anlagekonten eine Steigerung um nominal 14 %, im Jahre 1986 um fast 12 % erfahren. Die Zunahme der Anschaffungen war also 1988 wesentlich geringer als in den Vorjahren.

Die Entwicklung war von Bereich zu Bereich sehr verschieden, wobei branchentypische Unterschiede in enger Verbindung mit den speziellen Gegebenheiten der schleswig-holsteinischen Wirtschaftsstruktur zu sehen sind. Die Gründe für die insgesamt etwas gedämpfte Investitionsneigung beruhen maßgeblich auf verringerten Ausgaben im kapitalintensiven Bergbau sowie im Grundstoff- und Produktionsgütersektor (- 18 % gegenüber dem Vorjahr). Insbesondere die Betriebe der Mineralölverarbeitung (- 46 %) und des Bergbaus (- 30 %) — hierunter maßgeblich im Bereich Erdölgewinnung — investierten spürbar weniger. Daneben schränkte auch der Steine- und Erden-Sektor seine investiven Aufwendungen merklich ein (- 18 %).

Eine kräftige Zunahme ihrer Anschaffungen meldeten dagegen die Betriebe des Investitionsgüter produzierenden Gewerbes (+ 11 %) und des Nahrungs- und Genußmittel verarbeitenden Gewerbes (+ 19 %). In beiden Hauptbereichen zusammen kam es 1988 zu einem Zugang an Anlagen in Höhe von 975 Millionen DM. Das sind 56 % des insgesamt gemeldeten Investitionsvolumens.

Der Betrag des Jahres 1988 machte etwa 4,5 % der Umsätze aller erfaßten Betriebe aus (1987: 4,7 %). Der Quotient aus Investitionen und Gesamtumsatz — die sogen. Investitionsquote — ist leicht zurückgegangen. Von den erheblich gestiegenen Erlösen — sie erhöhten sich um über 7 % — ist also 1988 insgesamt gesehen ein kleinerer Anteil für die Finanzierung von Anschaffungen verwendet worden als im Jahr zuvor. Bei einer um 2,4 % erhöhten Beschäftigtenzahl stellte sich die Investitionsintensität auf 10 335 DM je Beschäftigten gegenüber 10 091 DM im Jahre 1987.

Das erhöhte Investitionsvolumen beruht maßgeblich auf gestiegenen Ausgaben für Grundstücke und die Errichtung von Gebäuden (+ 46 Millionen DM oder 15 %).

Demgegenüber wurden 1988 für die Anschaffung von Maschinen, maschinellen Anlagen oder Gütern der Betriebs- und Geschäftsausstattung nur 35 Millionen DM mehr aufgewendet (+ 2,6 %) als in den vorangegangenen 12 Monaten. Dies ändert jedoch wenig an den Größenverhältnissen der insgesamt investierten Beträge: von ihnen entfallen nach wie vor nur ein Fünftel auf den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden.

Kräftig zugenommen haben die Aufwendungen für gemietete und gepachtete Sachanlagen. Sie beliefen sich auf 360 Millionen DM und übertrafen damit das Vorjahresergebnis um 15 %.

Klaus Scheithauer

Berichtigung zu Heft 2/1990

Im Beitrag „Preisindex für die Lebenshaltung“ ist auf Seite 35 des Februarheftes im Berechnungsbeispiel der rechten Spalte oben ein Fehler enthalten. Die richtige Fassung muß lauten:

$$\text{Beispiel } \left(\frac{35,6}{101,4} \times 100 \right) - 100 = 35,1 - 100 = - 64,9 \%$$

Die Steigerung eines Index von 35,6 auf 101,4, also um 184,8 % nach der zuerst genannten Formel bedeutet, daß sich die Kaufkraft des Geldes in der Hand des Konsumenten um - 64,9 % verändert hat.

Wir bitten, die Korrektur der Zahlenwerte entsprechend vorzunehmen.

Erläuterungen

Die Quelle ist nur bei Zahlen vermerkt, die nicht aus dem Statistischen Landesamt stammen.

Der Ausdruck „Kreise“ steht vereinfachend für „Kreise und kreisfreie Städte“.

Differenzen zwischen Gesamtzahl und Summe der Teilzahlen entstehen durch unabhängige Rundung; allen Rechnungen liegen die ungerundeten Zahlen zugrunde.

Bei Größenklassen bedeutet zum Beispiel „1-5“: „1 bis unter 5“. Zahlen in () haben eingeschränkte Aussagefähigkeit.

p = vorläufige Zahl s = geschätzte Zahl
r = berichtigte Zahl D = Durchschnitt

Zeichen anstelle von Zahlen in Tabellen bedeuten:

- 0 = weniger als die Hälfte von 1 in der letzten besetzten Stelle, jedoch mehr als nichts
- = nichts vorhanden
- = Zahlenwert unbekannt oder geheimzuhalten
- / = Zahlenwert nicht sicher genug
- X = Tabellenfach gesperrt, weil Aussage nicht sinnvoll
- ... = Angabe fällt später an

STATISTISCHE MONATSHEFTE SCHLESWIG-HOLSTEIN

42. Jahrgang . Heft 3 . März 1990

SCHLESWIG-HOLSTEIN IM ZAHLENSPIEGEL

MONATS- UND VIERTELJAHRESZAHLEN

		1988		1989		1988/89			1989/90			
						Monats- durchschnitt	Nov.	Dez.	Jan.	Okt.	Nov.	Dez.
BEVÖLKERUNG UND ERWERBSTÄTIGKEIT												
BEVÖLKERUNG AM MONATSENDE	1 000	2 560	...	2 563	2 565	2 565
NATURLICHE BEVÖLKERUNGSBEWEGUNG												
Eheschließungen	Anzahl	1 439	...	974	1 383	469	1 343	932
je 1 000 Einw. und 1 Jahr		6,7	...	4,6	6,4	2,2
Lebendgeborene	Anzahl	2 276	...	2 065	2 340	2 174	2 180	2 226
je 1 000 Einw. und 1 Jahr		10,6	...	9,8	10,7	10,0
Gestorbene (ohne Totgeborene)	Anzahl	2 535	...	2 619	2 804	2 571	2 449	2 478
je 1 000 Einw. und 1 Jahr		11,9	...	12,4	12,9	11,8
darunter im ersten Lebensjahr	Anzahl	15	...	15	26	19	15	12
je 1 000 Lebendgeborene		6,6	...	7,3	11,1	8,7	6,9	5,4
Oberschuß der Geborenen (+) oder Gestorbenen (-)	Anzahl	- 259	...	- 554	- 464	- 397	- 269	- 252
je 1 000 Einw. und 1 Jahr		- 1,2	...	- 2,6	- 2,1	- 1,8
WANDERUNGEN												
Ober die Landesgrenze Zugezogene	Anzahl	5 671	...	6 154	5 832	5 923
Ober die Landesgrenze Fortgezogene	Anzahl	4 638	...	5 078	4 193	4 922
Wanderungsgewinn (+) oder -verlust (-)	Anzahl	+ 1 033	...	+ 1 076	+ 1 639	+ 1 001
Innerhalb des Landes Umgezogene 1)	Anzahl	8 977	...	9 980	8 811	9 382
Wanderungsfälle	Anzahl	19 286	...	21 212	18 836	20 227
ARBEITSLAGE												
Arbeitslose (Monatsende)	1 000	109	101	105	112	119	92	99	106	114		
darunter Männer	1 000	61	57	58	63	69	50	54	59	64		
Kurzarbeiter (Monatsmitte)	1 000	8,0	6,5	4,8	7,3	11,2	1,8	3,2	4,6	8,0		
darunter Männer	1 000	7,2	5,8	4,1	6,5	10,4	1,4	2,7	4,2	7,6		
Offene Stellen (Monatsende)	1 000	5,7	6,5	4,6	4,3	5,2	7,0	6,9	6,3	7,0		
LANDWIRTSCHAFT												
VIEHBESTAND												
Rindvieh (einschließlich Kälber)	1 000	1 481 ^a	1 491 ^a	.	1 481	.	.	.	1 491	.		
darunter Milchkühe	1 000	481 ^a	480 ^a	.	481	.	.	.	480	.		
(ohne Ammen- und Mutterkühe)												
Schweine	1 000	1 540 ^a	1 451 ^a	.	1 540	.	.	.	1 451	.		
darunter Zuchtsauen	1 000	151 ^a	144 ^a	.	151	.	.	.	144	.		
darunter trächtig	1 000	103 ^a	99 ^a	.	103	.	.	.	99	.		
SCHLACHTUNGEN²⁾												
Rinder (ohne Kälber)	1 000 St.	43	...	55	40 p	33	64	59	30	...		
Kälber	1 000 St.	1	...	1	1 p	1	1	1	1	...		
Schweine	1 000 St.	212	...	214	209 p	203	189	191	179	...		
darunter Hausschlachtungen	1 000 St.	2	...	3	2 p	2	1	2	2	...		
SCHLACHTMENGEN³⁾ AUS GEWERBLICHEN SCHLACHTUNGEN²⁾												
(ohne Geflügel)	1 000 t	30,9	...	34,1	29,2 p	26,9	37,6	35,0	24,5	...		
darunter Rinder (ohne Kälber)	1 000 t	13,0	...	16,0	11,7 p	9,8	21,0	18,4	9,0	...		
Kälber	1 000 t	0,1	...	0,1	0,1 p	0,1	0,1	0,1	0,1	...		
Schweine	1 000 t	17,6	...	17,8	17,3 p	16,9	16,2	16,3	15,2	...		
DURCHSCHNITTLICHES SCHLACHTGEWICHT für²⁾												
Rinder (ohne Kälber)	kg	302	...	298	296 p	296	329	315	305	...		
Kälber	kg	127	...	128	129 p	130	136	135	133	...		
Schweine	kg	84	...	84	84 p	84	86	86	85	...		
GEFLÜGEL												
Eingelegte Bruteier ⁴⁾	1 000	98	99		
für Legehennenküken	1 000	-	-	-	-	-	-	-	-	-		
für Masthühnerküken												
Geflügelfleisch ⁵⁾	1 000 kg	121	77		
MILCHERZEUGUNG												
	1 000 t	198	...	180	192 p	188	200	187	188	p	184	
darunter an Molkereien und Händler geliefert	%	95	...	93	94 p	95	93	94	97	p	95	
Milchleistung je Kuh und Tag	kg	13,5	...	12,5	12,9 p	12,6	13,4	12,9	12,6	p	12,4	

1) ohne innerhalb der Gemeinde Umgezogene 2) Bis Dezember 1984 Inlandtiere, ab Januar 1985 In- und Auslantiere 3) einschließlich Schlachtfette, jedoch ohne Innereien 4) in Betrieben mit einem Fassungsvermögen von 1 000 und mehr Eiern 5) aus Schlachtungen inländischen Geflügels in Schlachtereien mit einer Schlachtkapazität von 2 000 und mehr Tieren im Monat

a) Dezember

NOCH: MONATS- UND VIERTELJAHRESZAHLEN

		1988	1989	1988/89				1989/90		
				Monats- durchschnitt	Nov.	Dez.	Jan.	Okt.	Nov.	Dez.
PRODUZIERENDES GEWERBE										
VERARBEITENDES GEWERBE¹⁾										
Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber)	1 000	165	169	167	167	167	172	172	172	172
darunter Arbeiter und gewerblich Auszubildende	1 000	112	114	114	112	112	116	116	116	116
Geleistete Arbeiterstunden	1 000	15 433	15 483	16 256	14 899	15 664	16 494	16 577	14 636	15 861
Lohnsumme	Mill. DM	344,4	360,4	447,7	364,4	331,2	360,0	471,4	374,9	358,2
Gehaltssumme	Mill. DM	252,4	270,4	335,0	276,1	245,8	259,1	363,4	294,2	268,8
Auftragseingang ausgewählter Wirtschaftszweige	Mill. DM	1 956	2 274	2 326	1 971	2 183	2 391	3 246	2 048	1 988
aus dem Inland	Mill. DM	1 238	1 437	1 277	1 306	1 441	1 596	1 538	1 410	1 318
aus dem Ausland	Mill. DM	718	837	1 049	664	741	795	1 708	638	670
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	3 194	3 414	3 428	3 898	3 135	3 846	3 731	3 752	3 355
Inlandsumsatz	Mill. DM	2 427	2 595	2 661	2 906	2 312	2 889	2 868	2 913	2 478
Auslandsumsatz	Mill. DM	768	819	767	992	823	956	863	839	877
Kohleverbrauch ²⁾	1 000 t SKE	14	15
Gasverbrauch ³⁾	Mill. m ³	45,4	47,0
Stadt- und Kokereigas	Mill. m ³
Erd- und Erdölgas	Mill. m ³
Heizölverbrauch ⁴⁾	1 000 t	75	63
leichtes Heizöl	1 000 t	7	7
schweres Heizöl	1 000 t	67	56
Stromverbrauch ⁵⁾	Mill. kWh	272	281	294	282	283	310	306	284	281
Stromerzeugung (industrielle Eigenerzeugung)	Mill. kWh	33	34	42	35	37	42	43	36	35
Index der Nettoproduktion für Betriebe im produzierenden Gewerbe 5)	1980 = 100	113,0	...	124,7	119,2	105,2
BAUHAUPTGEWERBE⁷⁾										
Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber)	Anzahl	39 301	39 744	39 933	38 687	38 691	40 540	40 392	39 791	39 105
Geleistete Arbeitsstunden	1 000	4 262	4 382	4 654	3 372	3 562	5 125	4 863	3 345	3 408
darunter für Wohnungsbauten	1 000	1 593	1 623	1 778	1 250	1 492	1 841	1 745	1 247	1 342
gewerbliche und industrielle Bauten	1 000	1 071	1 181	1 182	925	942	1 377	1 353	932	1 014
Verkehrs- und öffentliche Bauten	1 000	1 522	1 493	1 614	1 142	1 076	1 807	1 680	1 106	995
Lohnsumme	Mill. DM	91,8	97,2	127,4	88,2	77,5	105,4	136,2	90,6	82,4
Gehaltssumme	Mill. DM	18,6	19,3	27,6	19,5	17,1	18,6	27,8	19,4	18,6
Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	359,5	390,8	456,4	462,0	254,2	462,5	517,2	471,3	253,4
Auftragseingang ⁸⁾	Mill. DM	224,2	236,4	182,9	182,8	143,8	262,0	240,5	213,6	154,7
AUSBAUGEWERBE⁹⁾										
Beschäftigte	Anzahl	7 134	7 542	7 409	7 269	7 117	8 289	8 263	8 064	7 945
Geleistete Arbeitsstunden	1 000	848	896	911	836	837	1 042	1 032	892	947
Lohn- und Gehaltssumme	Mill. DM	19,7	21,6	24,5	21,3	18,8	23,4	28,6	23,9	22,9
Ausbaugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	57,5	64,0	73,3	99,9	36,1	75,1	87,4	112,7	45,2
ÖFFENTLICHE ENERGIEVERSORGUNG¹⁰⁾										
Stromerzeugung (brutto)	Mill. kWh	2 299	...	2 632	2 647
Stromverbrauch (einschließlich Verluste, ohne Pumpstromverbrauch)	Mill. kWh	939	...	1 029	1 066
Gaserzeugung (brutto)	Mill. m ³
HANDWERK										
HANDWERK (Meßzahlen)¹¹⁾										
Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber) am Ende des Vierteljahres	30.9.1976 = 100	99,0	101,2	.	100,4	.	.	.	103,4	.
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Vj.-D 1976 = 100	150,5	159,2	.	175,2	.	.	.	188,6	.

1) Betriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. Zur Methode siehe Statistischen Bericht E I 1. 2) 1 t Steinkohle = 1 t SKE = Steinkohle-Einheit (29 308 MJ) 3) 1 000 m³ Gas (H₂ = 35,169 MJ/m³) = 1,2 t SKE 4) 1 t Heizöl, leicht = 1,46 t SKE, schwer = 1,40 t SKE 5) 1 000 kWh Strom = 0,123 t SKE 6) ohne Ausbaugewerbe, Gas-, Fernwärme- und Wasserversorgung 7) Zur Methode siehe Statistischen Bericht E II 1 8) Nur Betriebe von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten 9) Zur Methode siehe Statistischen Bericht E III 1 10) Quelle: Der Wirtschaftsminister des Landes Schleswig-Holstein 11) ohne handwerkliche Nebenbetriebe

NOCH: MONATS- UND VIERTELJAHRESZAHLEN

		1988	1989	1988/89			1989/90				
				Monats- durchschnitt	Nov.	Dez.	Jan.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.
BAUTÄTIGKEIT											
BAUGENEHMIGUNGEN											
Wohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	435	p 440	370	295	293	492	372	317	364	
darunter mit											
1 Wohnung	Anzahl	386	p 373	311	254	251	418	312	240	320	
2 Wohnungen	Anzahl	33	p 40	39	24	27	37	38	35	23	
Rauminhalt	1 000 m³	319	p 353	275	212	221	394	297	278	307	
Wohnfläche	1 000 m²	56	p 63	48	39	38	71	55	50	57	
Nichtwohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	112	p 113	98	136	76	128	101	107	81	
Rauminhalt	1 000 m³	515	p 557	569	798	332	520	407	516	672	
Nutzfläche	1 000 m²	86	p 90	92	146	51	98	73	91	90	
Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	634	p 730	578	517	418	836	677	650	631	
HANDEL UND GASTGWERBE											
AUSFUHR											
Ausfuhr insgesamt	Mill. DM	923,9	p 1 046,3	860,5	1 018,6	1 291,7	1 171,3	1 026,9	1 003,9	...	
davon Güter der Ernährungswirtschaft	Mill. DM	150,8	p 184,9	136,9	172,6	169,7	218,7	175,9	157,2	...	
gewerblichen Wirtschaft	Mill. DM	773,2	p 861,4	723,6	846,0	1 122,0	952,5	851,0	846,7	...	
davon											
Rohstoffe	Mill. DM	13,2	p 16,2	16,8	12,3	17,1	21,2	17,8	13,0	...	
Halbwaren	Mill. DM	54,8	p 64,6	57,3	49,7	64,0	68,3	72,3	56,2	...	
Fertigwaren	Mill. DM	705,2	p 780,6	649,5	784,0	1 040,9	863,1	760,9	777,5	...	
davon											
Vorerzeugnisse	Mill. DM	124,0	p 125,7	125,6	124,6	119,5	134,8	135,9	104,2	...	
Enderzeugnisse	Mill. DM	581,2	p 654,9	523,9	659,4	921,4	728,3	625,0	673,3	...	
nach ausgewählten Verbrauchsländern											
EG-Länder	Mill. DM	457,6	p 514,1	455,8	483,4	474,5	559,8	577,2	464,6	...	
darunter											
Niederlande	Mill. DM	85,9	p 104,7	87,2	94,2	83,8	127,0	131,3	103,4	...	
Frankreich	Mill. DM	83,3	p 93,4	81,8	90,5	86,2	90,9	103,8	83,2	...	
Vereinigtes Königreich	Mill. DM	78,9	p 84,5	80,9	79,9	77,5	99,9	91,5	69,4	...	
Dänemark	Mill. DM	77,5	p 74,5	77,3	75,9	71,4	85,7	76,6	70,7	...	
EINZELHANDELSUMSATZE (Meßzahl)	1986 = 100	110,2	p 115,6	p 117,4	p 140,6	p 96,6	p 115,9	p 124,2	p 141,8	...	
GASTGWERBEUMSATZE (Meßzahl)	1986 = 100	106,9	p 110,9	p 83,2	p 90,9	p 73,3	p 104,0	p 85,9	p 98,6	...	
FREMDEVERKEHR IN BEHERBERGUNGSTÄTTEN MIT 9 UND MEHR GÄSTEBETTEN (einschl. Jugendherbergen)											
Ankünfte	1 000	266	287	160	124	97	307	180	146	...	
darunter von Auslandsgästen	1 000	32	37	24	18	11	34	28	25	...	
Obernachtungen	1 000	1 432	1 471	548	448	392	1 340	634	508	...	
darunter von Auslandsgästen	1 000	60	72	49	45	30	70	55	53	...	
VERKEHR											
SEESCHIFFFAHRT¹⁾											
Güterempfang	1 000 t	1 450	...	1 412	1 529	
Güterversand	1 000 t	880	...	953	1 014	
BINNENSCHIFFFAHRT											
Güterempfang	1 000 t	147	136	155	157	118	182	165	143	...	
Güterversand	1 000 t	163	158	154	170	131	184	194	141	...	
ZULASSUNGEN FABRIKNEUER KRAFTFAHRZEUGE²⁾											
darunter											
Kraftfahrzeuge	Anzahl	10 000	...	9 375	10 069	7 852	9 920	8 975	
Personenkraftwagen 3)	Anzahl	239	...	31	41	59	77	32	
Lastkraftwagen	Anzahl	9 044	...	8 702	9 369	7 155	9 148	8 246	
(einschließlich mit Spezialaufbau)	Anzahl	437	...	449	391	433	472	468	
STRASSENVERKEHRSUNFÄLLE											
Unfälle mit Personenschäden	Anzahl	1 426	1 399	1 261	1 249	1 086	1 526	1 362	p 1 223	p 1 157	
Getötete Personen	Anzahl	31	29	27	20	24	33	30	p 35	p 31	
Verletzte Personen	Anzahl	1 832	1 802	1 638	1 548	1 377	1 977	1 746	p 1 648	p 1 489	

1) ohne Eigengewichte der als Verkehrsmittel im Fährverkehr transportierten Eisenbahn- und Straßenfahrzeuge
 2) mit amtlichem Kennzeichen, ohne Bundespost, Bundesbahn und Bundeswehr
 3) einschließlich Kombinationskraftwagen

NOCH: MONATS- UND VIERTELJAHRESZAHLEN

		1988	1989	1988/89			1989/90			
		Monats- durchschnitt ¹⁾		Nov.	Dez.	Jan.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.
GELD UND KREDIT										
KREDITE UND EINLAGEN²⁾										
Kredite ³⁾ an Nichtbanken insgesamt (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)	Mill. DM	77 967	80 020	77 625	77 967	77 575	79 700	80 108	80 020	79 696
darunter										
Kredite ³⁾ an inländische Nichtbanken	Mill. DM	76 574	78 780	76 259	76 574	76 243	78 357	78 730	78 780	78 456
kurzfristige Kredite (bis zu 1 Jahr)	Mill. DM	8 933	9 784	8 680	8 933	8 637	9 540	9 644	9 784	9 534
an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	8 742	9 336	8 513	8 742	8 447	9 370	9 354	9 336	9 308
an öffentliche Haushalte	Mill. DM	191	448	168	191	190	170	290	448	226
mittelfristige Kredite (1 bis 4 Jahre)	Mill. DM	4 225	4 157	4 272	4 225	4 051	4 120	4 138	4 157	4 101
an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	3 525	3 636	3 564	3 525	3 477	3 626	3 634	3 636	3 609
an öffentliche Haushalte	Mill. DM	701	521	708	701	574	494	504	521	492
langfristige Kredite (mehr als 4 Jahre)	Mill. DM	63 416	64 839	63 307	63 416	63 555	64 697	64 946	64 839	64 822
an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	46 583	48 165	46 401	46 583	46 710	48 022	48 356	48 165	48 193
an öffentliche Haushalte	Mill. DM	16 832	16 674	16 905	16 832	16 845	16 675	16 590	16 674	16 629
Einlagen und aufgenommene Kredite ³⁾ von Nichtbanken (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)	Mill. DM	57 188	60 676	56 905	57 188	56 953	58 981	59 895	60 676	60 464
Sichteinlagen und Termingelder von Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	36 452	40 596	36 688	36 452	36 298	39 304	40 342	40 596	40 693
von öffentlichen Haushalten	Mill. DM	28 834	32 511	29 096	28 834	28 802	31 388	32 340	32 511	32 866
Spareinlagen bei Sparkassen (Spareinlagen, Sparbriefe, Nanenschuldverschreibungen)	Mill. DM	7 618	8 086	7 592	7 618	7 495	7 916	8 001	8 086	7 826
Gutschriften auf Sparkonten (einschließlich Zinsgutschriften), ab 1.1.87 vierteljährlich	Mill. DM	20 736	20 080	20 218	20 736	20 654	19 678	19 554	20 080	19 771
Lastschriften auf Sparkonten, ab 1.1.87 viertelj.	Mill. DM
Gutschriften auf Sparkonten (einschließlich Zinsgutschriften), ab 1.1.87 vierteljährlich	Mill. DM	1 095	4 103	.	3 528	.	.	.	4 103	.
Lastschriften auf Sparkonten, ab 1.1.87 viertelj.	Mill. DM	1 074	3 786	.	3 420	.	.	.	3 786	.

ZAHLUNGSSCHWIERIGKEITEN

Konkurse (eröffnete und mangels Masse abgelehnte)	Anzahl	r	53	59	45	52	54	79	54	49	66
Vergleichsverfahren	Anzahl	r	-	-	-	2	-	-	-	-	-
Wechselproteste (ohne die bei der Post)	Anzahl		156	142	121	139	123	161	145	143	...
Wechselsumme	Mill. DM		1,1	1,0	0,9	1,0	1,0	1,0	1,1	0,9	...

STEUERN

STEUERAUFKOMMEN NACH DER STEUERART		Vierteljahres- durchschnitt		4. Vj. 88	4. Vj. 89
Gemeinschaftssteuern	Mill. DM	2 883,2	3 099,1	3 318,7	3 428,3
Steuern vom Einkommen	Mill. DM	2 016,4	2 178,7	2 430,5	2 539,4
Lohnsteuer 4)	Mill. DM	1 466,4	1 574,5	1 750,5	1 874,0
Veranlagte Einkommensteuer	Mill. DM	303,6	349,4	400,9	433,5
nichtveranlagte Steuern vom Ertrag	Mill. DM	45,2	71,6	36,0	32,6
Körperschaftsteuer 4)	Mill. DM	201,3	183,3	243,0	199,3
Steuern vom Umsatz	Mill. DM	866,8	920,3	888,2	888,8
Umsatzsteuer	Mill. DM	503,0	519,2	465,2	477,6
Einfuhrumsatzsteuer	Mill. DM	363,7	401,1	423,0	411,2
Bundessteuern	Mill. DM	130,5	142,6	143,6	154,6
Zölle	Mill. DM	0,1	- 0,0	0,1	-
Verbrauchssteuern (ohne Biersteuer)	Mill. DM	115,0	122,8	133,0	142,4
Landessteuern	Mill. DM	192,9	212,2	204,4	213,3
Vermögensteuer	Mill. DM	34,8	35,8	39,9	37,4
Kraftfahrzeugsteuer	Mill. DM	80,8	92,1	70,8	82,5
Biersteuer	Mill. DM	6,9	6,9	6,6	6,9
Gemeindesteuern	Mill. DM	308,7	334,0	314,5	340,7
Grundsteuer A	Mill. DM	7,8	7,8	7,6	7,2
Grundsteuer B	Mill. DM	71,4	76,9	60,6	72,4
Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital (brutto)	Mill. DM	220,9	238,0	238,6	248,7
STEUERVERTEILUNG AUF DIE GEBIETSKÖRPERSCHAFTEN					
Steuereinnahmen des Bundes	Mill. DM	1 488,0	1 620,0	1 713,9	1 780,8
Anteil an den Steuern vom Einkommen	Mill. DM	776,4	860,0	955,0	1 008,4
Anteil an den Steuern vom Umsatz	Mill. DM	563,4	598,2	577,3	577,8
Anteil an der Gewerbesteuerumlage	Mill. DM	17,7	19,3	37,9	40,0
Steuereinnahmen des Landes	Mill. DM	1 638,5	1 734,2	1 851,4	1 967,0
Anteil an den Steuern vom Einkommen	Mill. DM	945,7	998,8	1 126,6	1 157,2
Anteil an den Steuern vom Umsatz	Mill. DM	482,2	503,9	482,5	556,5
Anteil an der Gewerbesteuerumlage	Mill. DM	17,7	19,3	37,9	40,0
Steuereinnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände	Mill. DM	557,7	611,2	860,9	938,8
Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital (netto) ⁵⁾	Mill. DM	185,5	199,4	162,8	168,7
Anteil an der Lohn- und veranlagten Einkommensteuer	Mill. DM	284,4	315,8	622,2	678,1

NOCH: MONATS- UND VIERTELJAHRESZAHLEN

	1988	1989	1988/89				1989/90			
			Monats- durchschnitt	Nov.	Dez.	Jan.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.
PREISE										
PREISINDEXZIFFERN IM BUNDESGBIET 1985 = 100										
Einfuhrpreise	80,8	84,4	81,4	82,3	83,9	84,1	83,4	83,0	...	
Ausfuhrpreise	99,3	102,1	100,4	100,6	101,4	102,3	102,0	101,6	...	
Grundstoffpreise ⁶⁾ 1980 = 100	102,2	...	103,8	104,9	106,6	108,1	107,3	
Erzeugerpreise gewerblicher Produkte ⁶⁾	96,3	99,3	97,0	97,2	98,2	100,1	100,0	100,0	...	
landwirtschaftlicher Produkte ⁶⁾ 1980 = 100	94,0	...	97,7	99,1	97,9	105,1	p 103,7	p 103,6	...	
Preisindex für Wohngebäude, Neubau, Bauleistungen am Gebäude 1980 = 100	121,2	125,5	122,3	.	.	.	127,1	.	.	
Einkaufspreise landwirtschaftlicher Betriebsmittel (Ausgabenindex) 6) 1980 = 100	104,9	...	106,1	106,9	108,3	109,9	109,7	110,1	...	
Einzelhandelspreise 1980 = 100	118,5	121,1	118,7	119,0	119,8	121,5	121,7	122,2	122,5	
Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte	101,4	104,2	101,9	102,1	103,0	104,7	104,9	105,2	105,8	
darunter für										
Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	100,3	102,6	100,4	100,7	101,3	102,8	103,1	103,6	104,4	
Bekleidung, Schuhe	104,5	106,0	105,0	105,0	105,3	106,5	106,5	106,5	106,6	
Wohnungsmieten	105,6	108,8	107,0	107,1	107,4	109,6	109,9	110,1	110,6	
Energie (ohne Kraftstoffe)	78,1	82,0	77,2	78,0	80,6	83,6	83,9	85,8	85,7	
Möbel, Haushaltsgeräte u. a. Güter für die Haushaltsführung	103,3	104,9	103,7	103,7	104,0	105,6	105,7	105,8	106,1	

LÖHNE UND GEHÄLTER

- Effektivverdienste in DM -

ARBEITER IN INDUSTRIE UND HOCH- UND TIEFBAU

Bruttowochenverdienste										
männliche Arbeiter	764	786	.	.	765	797	
darunter Facharbeiter	798	827	.	.	806	838	
weibliche Arbeiter	536	552	.	.	539	553	
darunter Hilfsarbeiter	508	526	.	.	511	527	
Bruttostundenverdienste										
männliche Arbeiter	18,78	19,44	.	.	18,98	19,61	
darunter Facharbeiter	19,71	20,49	.	.	20,00	20,66	
weibliche Arbeiter	13,62	14,07	.	.	13,71	14,14	
darunter Hilfsarbeiter	12,90	13,34	.	.	12,98	13,39	
Bezahlte Wochenarbeitszeit										
männliche Arbeiter (Stunden)	40,6	40,4	.	.	40,3	40,6	
weibliche Arbeiter (Stunden)	39,3	39,2	.	.	39,3	39,1	

ANGESTELLTE, BRUTTOMONATSVERDIENSTE

in Industrie und Hoch- und Tiefbau

Kaufmännische Angestellte										
männlich	4 609	4 759	.	.	4 699	4 788	
weiblich	3 159	3 285	.	.	3 206	3 318	
Technische Angestellte										
männlich	4 699	4 849	.	.	4 733	4 904	
weiblich	3 075	3 217	.	.	3 120	3 255	
in Handel, Kredit und Versicherungen										
Kaufmännische Angestellte										
männlich	3 690	3 831	.	.	3 798	3 863	
weiblich	2 529	2 634	.	.	2 608	2 659	
Technische Angestellte										
männlich	3 648	3 772	.	.	3 616	3 795	
weiblich	(2 578)	(2 653)	.	.	(2 632)	(2 677)	
in Industrie und Handel zusammen										
Kaufmännische Angestellte										
männlich	3 986	4 126	.	.	4 087	4 159	
weiblich	2 708	2 823	.	.	2 782	2 850	
Technische Angestellte										
männlich	4 631	4 779	.	.	4 655	4 832	
weiblich	3 064	3 205	.	.	3 111	3 244	

1) Bestandszahlen bei Krediten und Einlagen; Stand 31. 12. 2) Die Angaben umfassen die in Schleswig-Holstein gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute; ohne Landeszentralbank, ohne die Kreditgenossenschaften (Raiffeisen), deren Bilanzsumme am 31. 12. 1972 weniger als 10 Mill. DM betrug, sowie ohne die Postscheck- und Postsparkassenämter. Ab 1. 1. 1986 einschließlich Raiffeisenbanken
3) einschließlich durchlaufender Kredite 4) nach Berücksichtigung der Einnahmen und Ausgaben aus der Zerlegung 5) nach Abzug der Gewerbesteuerumlage
6) ohne Umsatz-(Mehrwert-)steuer

JAHRESZAHLEN A

Erscheint im monatlichen Wechsel mit B

Jahr	Bevölkerung						Im Erwerbsleben tätige Personen ¹⁾					
	Einwohner (Jahres- mittel)	Heirats- ziffer	Geburten- ziffer	Sterbe- ziffer	Oberschuß der Geborenen oder Gestorbenen (-)	Wanderungs- gewinn	ins- gesamt	Land- und Forst- wirtschaft	produzie- rendes Gewerbe	Handel und Verkehr	übrige Dienst- leistungen	
												in 1 000
1984	2 615	5,8	8,8	11,8	- 8	5	1 144	72	344	250	479	
1985	2 614	5,8	8,8	12,0	- 8	9	1 146	60	351	244	492	
1986	2 613	6,0	9,4	11,9	- 6	5	1 151	58	342	234	518	
1987	2 554 ^{a)}	6,4	10,2	12,1	- 5	5	1 155	62	336	247	511	
1988	2 560	6,7	10,6	11,9	- 3	12	1 135	57	339	235	505	

Jahr	Öffentliche allgemeinbildende Schulen							Bruttoinlandsprodukt ³⁾						
	Schüler im September ²⁾ in				von 100 Schülern erreichten			in jeweiligen Preisen		in Preisen von 1980				
	Grund- und Haupt- schulen	Sonder- schulen	Real- schulen	Gym- nasien	Inte- grierten Gesamt- schulen	weniger als Haupt- schul- abschluß	Haupt- schul- abschluß	mitt- teren Abschluß	Fach- hochschul- reife und allgemeine Hochschul- reife	Mill. DM	jährliche Zuwachs- rate in %	Mill. DM	jährliche Zuwachs- rate in %	je Erwerbs- tätigen Bund = 100
	in 1 000													
1984	152	15	68	76	2	10	38	33	19	62 422	5,1	55 083	3,2	95
1985	144	14	62	73	2	10	37	32	21	63 993	2,5	55 218	0,2	94
1986	137	13	58	70	2	10	35	33	23	67 828	6,0	56 878	3,0	95
1987	133	13	53	67	2	10	33	32	25	70 126	3,4	57 728	1,5	95
1988	132	12	50	64	2	10	33	31	26	73 015	4,1	59 231	2,6	93

Jahr	Landwirtschaft										
	Viehbestand am 3. 12.				Schlachtviehaufkommen aus eigener Erzeugung ⁶⁾		Kuhmilcherzeugung		Ernten in 1 000 t		
	Rinder		Schweine	Hühner ⁵⁾	Rinder	Schweine	1 000 t	kg je Kuh und Jahr	Getreide	Kartoffeln	Zucker- rüben
	insgesamt	darunter Milchkühe ⁴⁾									
	in 1 000										
1984	1 627	545	1 767	3 457	506	2 882	2 674	4 780	2 320	187	831
1985	1 592	526	1 743	2 995	510	2 794	2 600	4 853	2 240	178	776
1986	1 540	514	1 718	3 214	547	2 759	2 612	5 020	2 437	152	769
1987	1 497	480	1 632	3 214	530	2 648	2 388	4 802	2 132	121	494
1988	1 481	481	1 540	3 069	479	2 580	2 371	4 930	2 487	113	757

Jahr	Verarbeitendes Gewerbe ⁷⁾										Bauhaupt- gewerbe	
	Beschäftigte (Jahresdurchschnitt)		Arbeiter- stunden in Mill.	Löhne	Gehälter	Umsatz (ohne Umsatzsteuer)		Energieverbrauch				Beschäft- igte am 30. 6. in 1 000
	insgesamt	Arbeiter				ins- gesamt	Auslands- umsatz	Kohle	Heizöl	Gas		
	in 1 000			Bruttosumme in Mill. DM		Mill. DM		1 000 t SKE ⁹⁾				
1984	165	113	194	3 673	2 485	36 236	8 090	231	1 346	568	312	49
1985	166	114	192	3 829	2 597	36 550	7 873	200	1 207	556	318	42
1986	167	114	188	3 945	2 749	36 650	7 867	180	865	501	319	41
1987	164	112	183	3 973	2 869	35 945	8 097	169	1 289	562	333	41
1988	165	112	185	4 133	3 029	38 335	9 212	164	1 258	654	354	40

1) Ergebnisse der 1%-Mikrozensus-erhebungen, 1984 Ergebnis der 0,4%-EG-Arbeitskräftestichprobe

2) 1984: November

3) ab 1986 vorläufiges Ergebnis

4) ohne Ammen- und Mutterkühe

5) ohne Trut-, Perl- und Zwerghühner

6) Gewerbliche und Hausschlachtungen, einschließlich des übergebietlichen Versandes, ohne übergebietlichen Empfang

7) Betriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten

8) ohne Eigenerzeugung

9) 1 t SKE (Steinkohle-Einheit) = 29 308 MJ

a) Ergebnis der Volkszählung vom 25. 5. 1987

KREISZAHLEN

KREISFREIE STADT Kreis	Bevölkerung am 31. 8. 1989			Bevölkerungsveränderung im August 1989			Straßenverkehrsunfälle mit Personenschaden im Januar 1990 (vorläufige Zahlen)		
	insgesamt	Veränderung gegenüber		Überschuß der Geborenen oder Gestorbenen (-)	Wande- rungs- gewinn oder -verlust (-)	Bevölke- rungs- zunahme oder -abnahme (-)	Unfälle	Getötete ²⁾	Verletzte
		Vormonat	Vorjahres- monat 1)						
		in %							
FLENSBURG	86 084	+ 0,1	+ 0,1	28	70	98	35	2	46
KIEL	241 784	+ 0,1	+ 1,0	- 3	329	326	106	-	125
LOBECK	211 489	+ 0,1	+ 0,3	- 43	326	283	90	6	107
NEUMONSTER	79 654	+ 0,0	+ 0,1	24	- 12	12	35	-	42
Dithmarschen	127 245	+ 0,1	- 0,0	5	112	117	47	4	63
Hzgt. Lauenburg	155 260	+ 0,1	+ 0,7	- 26	197	171	54	1	75
Nordfriesland	150 291	+ 0,0	+ 0,2	34	7	41	59	4	70
Ostholstein	185 260	+ 0,1	+ 0,6	- 52	228	176	98	1	133
Pinneberg	263 927	+ 0,1	+ 0,7	2	377	379	99	2	127
Plön	116 668	+ 0,3	+ 0,5	- 27	374	347	56	1	75
Rendsburg-Eckernförde	243 393	+ 0,0	+ 0,2	- 12	77	65	140	6	182
Schleswig-Flensburg	177 518	+ 0,1	+ 0,7	50	162	212	73	1	98
Segeberg	216 002	+ 0,2	+ 1,0	18	321	339	102	1	131
Steinburg	126 107	+ 0,2	+ 0,2	- 10	305	295	63	-	74
Stormarn	195 415	+ 0,1	+ 0,7	- 35	283	248	100	2	141
Schleswig-Holstein	2 576 097	+ 0,1	+ 0,5	- 47	3 156	3 109	1 157	31	1 489

KREISFREIE STADT Kreis	Verarbeitendes Gewerbe ³⁾			Kraftfahrzeugbestand ⁵⁾ am 1. 1. 1990		
	Betriebe am 31. 1. 1990	Beschäftigte am 31. 1. 1990	Umsatz ⁴⁾ im Januar 1990 Mill. DM	insgesamt	Pkw ⁶⁾	
					Anzahl	je 1 000 Einwohner ⁷⁾
FLENSBURG	68	9 151	181	39 336	35 283	410
KIEL	129	22 192	501	110 601	99 194	410
LOBECK	138	20 411	266	93 549	83 861	397
NEUMONSTER	78	10 617	131	40 016	35 595	447
Dithmarschen	71	6 780	318	75 339	61 452	483
Hzgt. Lauenburg	107	8 660	118	89 752	77 960	502
Nordfriesland	60	3 377	63	90 703	74 379	495
Ostholstein	85	6 299	117	103 170	89 120	481
Pinneberg	196	21 037	389	147 943	129 765	492
Plön	45	2 691	46	67 538	57 340	491
Rendsburg-Eckernförde	122	10 001	165	142 140	120 045	493
Schleswig-Flensburg	82	5 149	126	105 899	86 698	488
Segeberg	185	18 829	376	140 203	120 979	560
Steinburg	81	8 669	179	74 027	61 387	487
Stormarn	170	18 244	378	118 148	104 354	534
Schleswig-Holstein	1 617	172 107	3 355	1 438 364	1 237 412	480

1) nach dem Gebietsstand vom 31. 8. 1989 2) einschließlich der innerhalb von 30 Tagen an den Unfallfolgen verstorbenen Personen
3) Betriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten 4) ohne Umsatzsteuer 5) Kraftfahrzeuge mit amtlichem Kennzeichen, ohne Bundespost, Bundesbahn und Bundeswehr 6) einschließlich Kombinationskraftwagen 7) Bevölkerungsstand am 31. 8. 1989

Anmerkung: Eine ausführliche Tabelle mit Kreiszahlen erscheint in Heft 5 und 11

ZAHLEN FÜR DIE BUNDESLÄNDER

Land	Bevölkerung am 31. 3. 1989			Arbeitsmarkt			*Viehbestände		
	in 1 000	Veränderung gegenüber		Arbeitslose am 31. 1. 1990	Kurzarbeiter Monatsmitte Januar 1990	offene Stellen 31. 1. 1990	Schweine insgesamt am 3. 8. 1989	Rindvieh am 3. 6. 1989	
		VZ 1987	Vorjahres- stand					insgesamt	Milchkühe
		in %							
Schleswig-Holstein	2 566,8	+ 0,5	+ 0,4	113,5	8,0	7,0	1 557	1 493	444
Hamburg	1 606,1	+ 0,8	+ 0,6	83,9	3,3	7,3	5	11	2
Niedersachsen	7 190,8	+ 0,4	+ 0,4	320,3	14,7	28,6	7 172	3 313	970
Bremen	662,3	+ 0,3	+ 0,4	41,8	2,6	2,9	8	23	4
Nordrhein-Westfalen	16 901,9	+ 1,1	+ 0,8	694,4	14,0	62,0	6 180	1 989	544
Hessen	5 577,1	+ 1,3	+ 0,8	153,1	8,3	22,5	1 073	748	243
Rheinland-Pfalz	3 657,4	+ 0,7	+ 0,6	111,9	5,4	13,1	558	572	195
Baden-Württemberg	9 459,7	+ 1,9	+ 1,2	191,8	8,6	66,6	2 297	1 647	611
Bayern	11 068,5	+ 1,5	+ 0,9	333,6	16,9	63,2	3 899	4 964	1 885
Saarland	1 054,3	- 0,1	+ 0,1	47,0	3,1	3,0	38	68	22
Berlin (West)	2 074,9	+ 3,1	+ 1,8	100,0	5,9	10,8	3	1	0
Bundesgebiet	61 819,9	+ 1,2	+ 0,8	2 191,4	90,8	287,1	22 790	14 828	4 922

Land	Verarbeitendes Gewerbe ¹⁾			Bauhauptgewerbe ³⁾		Wohnungswesen im Oktober 1989	
	Beschäftigte am 30. 11. 1989 in 1 000	Umsatz ²⁾ in November 1989		Beschäftigte am 31. 10. 1989 in 1 000	je 1 000 Einwohner ⁴⁾	Anzahl	je 10 000 Einwohner ⁴⁾
		Mill. DM	Auslandsumsatz in %				
		zum Bau genehmigte Wohnungen					
Schleswig-Holstein	172	3 731	23	41	16	836	3,3
Hamburg	135	7 307	13	21	13	443	2,8
Niedersachsen	660	16 194	35	108	15	3 355	4,7
Bremen	78	2 276	37	10	16	80	1,2
Nordrhein-Westfalen	1 976	41 184	29	233	14	5 121	3,0
Hessen	640	12 025	30	89	16	2 154	3,9
Rheinland-Pfalz	377	8 415	38	60	16	2 046	5,6
Baden-Württemberg	1 475	27 570	33	168	18	5 638	6,0
Bayern	1 399	25 662	34	237	21	7 142	6,5
Saarland	137	2 563	34	17	16	200	1,9
Berlin (West)	165	4 589	12	35	17	447	2,2
Bundesgebiet	7 215	151 516	31	1 018	16	27 462	4,4

Land	*Kfz-Bestand ⁵⁾ am 1. 7. 1989			Straßenverkehrsunfälle ⁷⁾ mit Personenschaden im November 1989				Bestand an Spar- einlagen ⁸⁾ am 30. 9. 1989 in DM je Einw.	Steuereinnahmen		
	ins- gesamt in 1 000	Pkw ⁶⁾		Unfälle	Getötete	Verletzte	Verun- glückte je 100 Unfälle		des Landes	des Bundes	der Gemeinden
		Anzahl	je 1 000 Einwohner ⁴⁾								
		im 3. Vierteljahr 1989 in DM je Einwohner									
Schleswig-Holstein	1 419	1 218	474	1 362	30	1 746	130	7 714	681	620	236
Hamburg	734	661	411	897	10	1 165	131	10 449	994	4 207	502
Niedersachsen	4 037	3 442	479	3 513	115	4 560	133	9 274	679	677	236
Bremen	305	275	415	312	5	378	123	10 537	773	1 383	386
Nordrhein-Westfalen	8 878	7 914	468	6 674	149	8 659	132	9 928	795	1 162	320
Hessen	3 285	2 851	511	2 643	68	3 502	135	11 708	830	1 072	345
Rheinland-Pfalz	2 192	1 848	505	1 432	38	1 867	133	10 802	698	728	267
Baden-Württemberg	5 605	4 752	502	3 563	97	4 851	139	12 059	816	994	310
Bayern	6 726	5 489	496	4 758	140	6 547	141	12 416	781	880	285
Saarland	600	534	506	421	5	542	130	9 755	674	667	217
Berlin (West)	820	718	346	930	12	1 129	123	8 823	548	1 911	173
Bundesgebiet	34 704	29 755	481	26 880	685	35 410	134	10 723	770	1 097	297

* An dieser Stelle erscheinen abwechselnd Angaben über Viehbestände, Kfz-Bestand und Bruttoinlandsprodukt

1) Betriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten 2) ohne Umsatzsteuer 3) Vorläufige Werte 4) Bevölkerungsstand am 31. 3. 1989

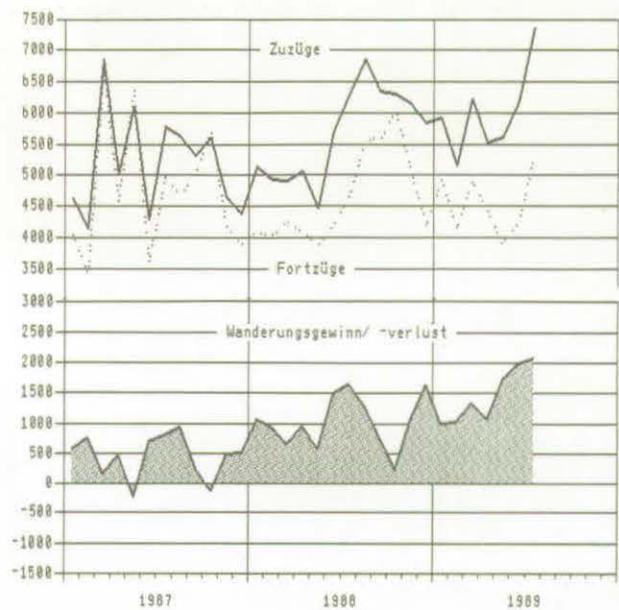
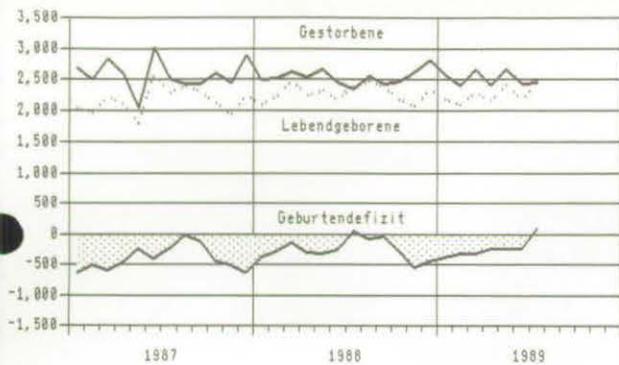
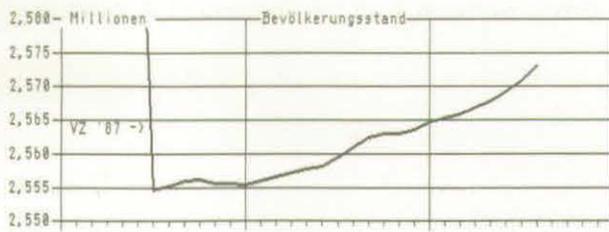
5) Kraftfahrzeuge mit amtlichem Kennzeichen, Länder: ohne Bundespost, Bundesbahn und Bundeswehr; Bundesgebiet: einschl. Bundespost und Bundesbahn

6) einschließlich Kombinationskraftwagen 7) Schleswig-Holstein endgültige, übrige Länder vorläufige Zahlen 8) ohne Postspareinlagen

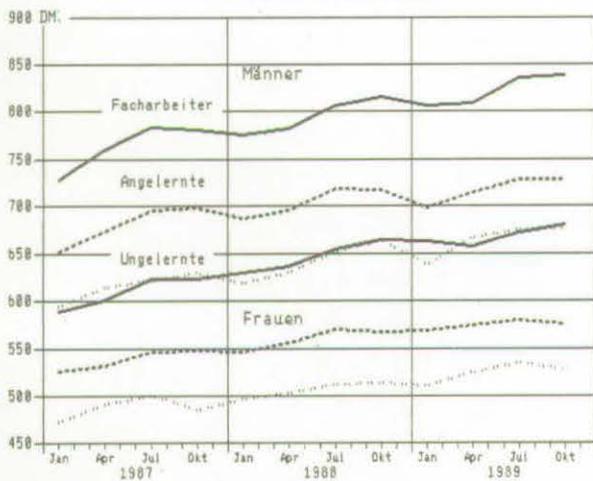
Entwicklung im Bild

D 5607 Stat. LA S-H (A)

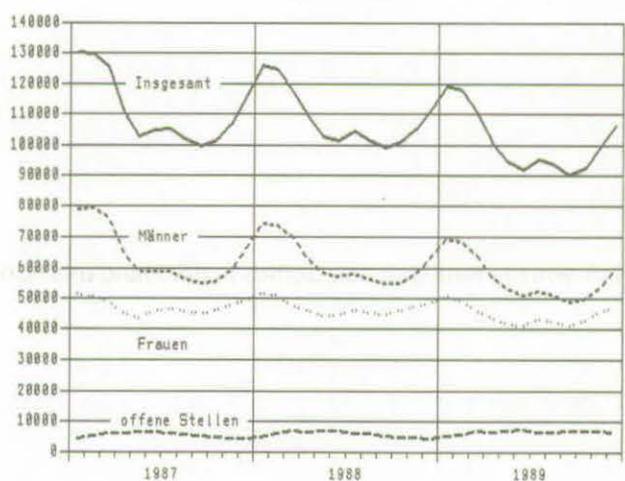
Bevölkerungsstand und -veränderung



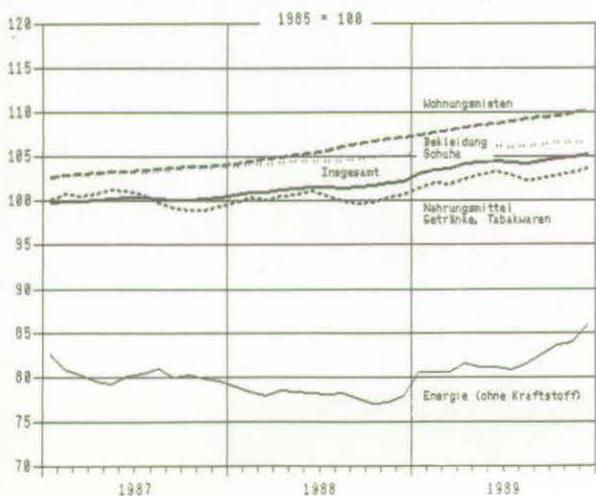
Bruttowochenverdienste



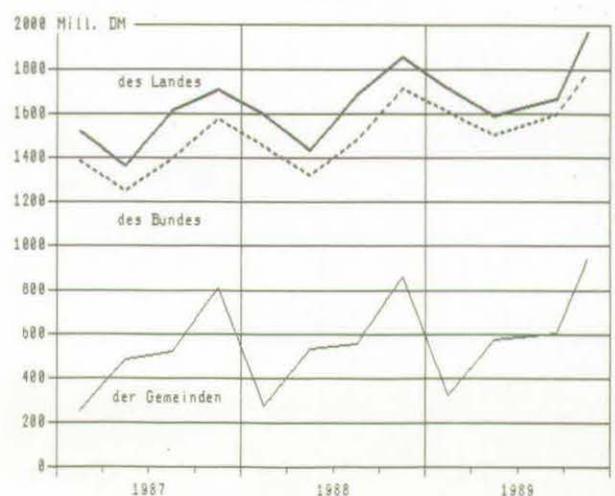
Arbeitslose



Preisindex der Lebenshaltung im Bundesgebiet



Steuereinnahmen



Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein, Postfach 1141, 2300 Kiel 1

Postvertriebsstück · V 6458 E · Gebühr bezahlt

Herausgeber: Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein, Kiel, Fröbelstr. 15-17; Fernruf (0431) 68950

Postanschrift: Postfach 1141, 2300 Kiel 1; Schriftleitung: Bernd Struck

Druck: Hugo Hamann, Kiel, Holtener Str. 65a - Auflage: 700

Bezugspreis: Einzelheft 3,- DM, Jahresbezug 30,- DM

- Nachdruck, auch auszugsweise, ist gern gestattet, wenn die Quelle genannt wird -